

Pies, Ingo

**Working Paper**

## Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik: Der Ansatz von Douglass North

Diskussionspapier, No. 2008-8

**Provided in Cooperation with:**

Martin Luther University of Halle-Wittenberg, Chair of Economic Ethics

*Suggested Citation:* Pies, Ingo (2008) : Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik: Der Ansatz von Douglass North, Diskussionspapier, No. 2008-8, ISBN 978-3-86829-074-5, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Lehrstuhl für Wirtschaftsethik, Halle (Saale),  
<https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:gbv:3:2-7467>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/170307>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



Ingo Pies

Theoretische Grundlagen demokratischer  
Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – Der Ansatz  
von Douglass North

Diskussionspapier Nr. 2008-8

---

des Lehrstuhls für Wirtschaftsethik  
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg,  
hrsg. von Ingo Pies,  
Halle 2008

### *Haftungsausschluss*

Diese Diskussionspapiere schaffen eine Plattform, um Diskurse und Lernen zu fördern. Der Herausgeber teilt daher nicht notwendigerweise die in diesen Diskussionspapieren geäußerten Ideen und Ansichten. Die Autoren selbst sind und bleiben verantwortlich für ihre Aussagen.

ISBN 978-3-86829-073-8 (gedruckte Form)  
ISBN 978-3-86829-074-5 (elektronische Form)  
ISSN 1861-3594 (Printausgabe)  
ISSN 1861-3608 (Internetausgabe)

### *Autorenanschrift*

**Prof. Dr. Ingo Pies**  
Lehrstuhl für Wirtschaftsethik  
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg  
Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät  
Wirtschaftswissenschaftlicher Bereich  
Große Steinstraße 73  
06108 Halle  
Tel.: +49 (0) 345 55-23420  
Email: [ingo.pies@wiwi.uni-halle.de](mailto:ingo.pies@wiwi.uni-halle.de)

### *Korrespondenzanschrift*

**Prof. Dr. Ingo Pies**  
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg  
Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät  
Wirtschaftswissenschaftlicher Bereich  
Lehrstuhl für Wirtschaftsethik  
Große Steinstraße 73  
06108 Halle  
Tel.: +49 (0) 345 55-23420  
Fax: +49 (0) 345 55 27385  
Email: [ingo.pies@wiwi.uni-halle.de](mailto:ingo.pies@wiwi.uni-halle.de)

*Kurzfassung*

Douglass North gehört zu den führenden Sozialwissenschaftlern des 20. Jahrhunderts. Er wurde für seine bahnbrechenden Leistungen auf dem Gebiet der ökonomischen Geschichtstheorie mit dem Nobelpreis ausgezeichnet. Dieser Aufsatz rekonstruiert (a) seine kliometrische Diagnose der Moderne, (b) seine normativen Lektionen für die Entwicklungspolitik und diskutiert (c) seine Beiträge zur Methodologie der Sozialwissenschaften.

Schlüsselwörter: Kliometrie, Angewandte Ökonomik, Methode, Aufstieg des Westens, Diagnose der Moderne, Wachstum, Institutionenbildung, Wissensrevolution, Gesellschaftstheorie, malthusianische Zyklen

JEL-Klassifikation: A11, A12, A31, B31, B41, D01, N01, N13, N14, N20, N30, N40

*Abstract*

Douglass North belongs to the leading social scientists of the 20th century. He was awarded the Nobel prize for his pathbreaking works on economic explanations of history. This paper reconstructs (a) his cliometric diagnosis of modernity, (b) his normative lessons for development policy, and discusses (c) his contributions to the methodology of the social sciences.

Key Words: cliometrics, applied economics, method, rise of the West, diagnosis of modernity, growth, institutions building, knowledge revolution, theory of society, Malthusian cycles

JEL Classification: A11, A12, A31, B31, B41, D01, N01, N13, N14, N20, N30, N40



# Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – Der Ansatz von Douglass North

Ingo Pies

„[A]dvances in explaining the economic past require a conceptual base. Our understanding of the past is no better than the theory that we use and that theory has been woefully deficient.”<sup>1</sup>

## *Einleitung*

Douglass Cecil North wurde 1920 in den USA geboren.<sup>2</sup> Sein Vater arbeitete für eine Lebensversicherung. Der Beruf des Vaters brachte es mit sich, dass die Familie des Öfteren ihren Wohnort gewechselt hat. Man kann sagen, der junge North ist ganz schön viel rumgekommen: von seinem Geburtsort – Cambridge, Massachusetts – aus verschlug es ihn u.a. in die Schweiz, wo er 1929/1930 in Lausanne zur Schule ging; ferner ins kanadische Ottawa, und nach 1933, zurück in den USA, nach New York und später nach Wallingford, Connecticut. Dort machte er seinen Highschool-Abschluss. Das College besuchte er an der University of California in Berkeley. 1942 schloss er dort sein Studium als Bachelor of Arts ab.

Als überzeugter Marxist und Kriegsgegner trat er während des zweiten Weltkriegs der US-Handelsmarine bei, lernte Navigieren und übernahm schließlich eine entsprechende Lehrtätigkeit an der Marineschule in Alameda, Kalifornien.

Nach dem Krieg sah sich Douglass North vor eine schwierige Entscheidung gestellt. Einerseits war er ein begabter Photograph, hatte schon als Schüler mehrere Preise in internationalen Wettbewerben gewonnen und bereits mit renommierten Photographen zusammengearbeitet. Andererseits interessierte er sich für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Über seine Entscheidung, an die Universität zurückzukehren und in Berkeley ein ökonomisches Studium aufzunehmen, schreibt North im autobiographischem Rückblick:

„I went back to graduate school with the clear intention that what I wanted to do with my life was to improve societies, and the way to do that was to find out what made economies work the way they did or fail to work. I believed that once we had an understanding of what determined the performance of economies through time, we could then improve their performance. I have never lost sight of that objective.”<sup>3</sup>

Douglass North schloss seine Dissertation 1952 ab. Er promovierte mit einer Arbeit über die Geschichte der Lebensversicherung in den USA. Ein Forschungsstipendium hatte es ihm zuvor ermöglicht, an der Ostküste Seminare bei Robert Merton in Columbia und bei Arthur Cole in Harvard zu besuchen. Hier war er erstmals mit den Arbeiten von Joseph Schumpeter in Kontakt gekommen, die einen bleibenden Eindruck auf ihn ausüben sollten.

---

<sup>1</sup> North (1981; S. x).

<sup>2</sup> Die Angaben über Fakten folgen der Autobiographie von North (1993, 2005). Da für diesen Text keine Seitenzahlen verfügbar sind, wird nach Absätzen zitiert.

<sup>3</sup> Vgl. North (1993, 2005; Absatz 6).

North hatte bereits 1950 seinen ersten Universitätsjob angetreten, bei der University of Washington in Seattle. Er blieb dort Professor für Wirtschaftswissenschaften bis 1983, mit einigen Unterbrechungen. Dazu gehören 1956/57 ein Forschungsaufenthalt am National Bureau of Economic Research (NBER), 1966/67 ein Forschungsaufenthalt in Genf sowie eine Gastprofessur in Cambridge im Jahr 1981. North wechselte 1983 an die Washington University in Saint Louis und leitete dort von 1984 bis 1990 das Center for Political Economy. Danach ging er zum Hoover Institut in Stanford, wo er bis heute arbeitet.

Eigenem Bekunden nach hat Douglass North vergleichsweise spät, nämlich erst als Hochschuldozent, den Zugang zur Ökonomik gefunden:

„It was not until I got my first job, at the University of Washington in Seattle, and began playing chess with Don Gordon, a brilliant young theorist, that I learned economic theory. In the three years of playing chess every day from noon to two, ... he taught me how to reason like an economist, and that skill is still perhaps the most important set of tools that I have acquired.“<sup>4</sup>

North widmete sich daraufhin dem Versuch, historische Prozesse ökonomisch zu beleuchten. So mündete die empirisch orientierte Zusammenarbeit mit Simon Kuznets am NBER in Norths erstes Buch, eine Analyse der US-Zahlungsbilanz zwischen 1790 und 1860.<sup>5</sup> Damit wurde er zu einem der ersten „Kliometriker“ oder „New Economic Historians“, also zu einem Vertreter jener – nicht nur in den USA – sehr einflussreich gewordenen Denkschule, die das ökonomische Analyseinstrumentarium formaler Modellbildung und das ökonometrische Analyseinstrumentarium empirischer Hypothesenprüfung für historische Untersuchungen nutzbar zu machen versucht.

North ist zu einem führenden Kliometriker geworden, weil er sich nicht damit begnügt hat, die Kliometrie einfach als Angewandte Ökonomik zu entwickeln, also als bloße Applikation eines vorgegebenen Werkzeugkastens analytischer Instrumente auf historische Untersuchungsgegenstände. Stattdessen ist er als Kliometriker stets ‚zweigleisig‘ gefahren: North kombiniert historische Analysen regelmäßig mit einer konzeptionellen Weiterentwicklung des ökonomischen Werkzeugkastens. Hierin liegt eine Konstante, die sich wie ein roter Faden durch alle späteren Bücher zieht, angefangen von „Institutional Change and American Economic Growth“<sup>6</sup> sowie „The Rise of the Western World“<sup>7</sup> über „Growth and Welfare in the American Past“<sup>8</sup> bis hin zu „Structure and Change in Economic History“<sup>9</sup> sowie „Institutions, Institutional Change and Economic Performance“<sup>10</sup> und schließlich „Understanding the Process of Economic Change“<sup>11</sup>.

Der Forschungsaufenthalt in Genf Mitte der 1960er Jahre hat für North eine doppelte Bedeutung, weil es hier zu einer intellektuellen Neu-Orientierung kommt, in deren Konsequenz *beide* Stränge seines zweigleisigen Ansatzes eine nachhaltige Veränderung erfahren. (a) Zum einen wechselt North das Thema. Statt mit der Geschichte US-amerikanischer Wachstumsprozesse beschäftigt er sich nun mit der

---

<sup>4</sup> North (1993, 2005; Absatz 7).

<sup>5</sup> Vgl. North (1961).

<sup>6</sup> Vgl. North und Davis (1971).

<sup>7</sup> Vgl. North and Landes (1973).

<sup>8</sup> Vgl. North (1974).

<sup>9</sup> Vgl. North (1981) sowie die deutsche Fassung North (1981, 1988).

<sup>10</sup> Vgl. North (1990) sowie die deutsche Fassung North (1990, 1992).

<sup>11</sup> Vgl. North (2005).

Geschichte europäischer Wachstumsprozesse. Er entwickelt langsam die Auffassung, dass er hier nicht irgendein Problem, sondern das zentrale Problem der Geschichtswissenschaft überhaupt vor Augen hat. Aus seiner Sicht geht es darum, den welthistorisch einmaligen Wachstumserfolg der westlichen Gesellschaften zu erklären – und nach Möglichkeit so zu erklären, dass daraus Lektionen für die politische Gestaltung von Wachstumsprozessen gezogen werden können, nicht zuletzt im Hinblick auf Entwicklungsländer. Um diese Lesart mit einer Formulierung, die North selbst nicht verwendet, als These zuzuspitzen: Das gemeinsam mit Robert Thomas verfasste Buch über den Aufstieg der westlichen Welt<sup>12</sup> markiert den Beginn einer kliometrischen ‚Diagnose der Moderne‘.<sup>13</sup> (b) Zum anderen entwickelt North ein ausgeprägtes Unbehagen an der zeitgenössischen *Mainstream-Ökonomik*. Deren Fokus auf gut funktionierende Wettbewerbsmärkte ist ihm zu eng. North will die Voraussetzungen ins Blickfeld rücken, von denen es abhängt, ob Märkte gut oder schlecht funktionieren. Hierzu gehören zum einen die wirtschaftlichen Organisationen, also die Unternehmen, die Wachstum hervorbringen. Hierzu gehören zum zweiten die gesellschaftlichen Institutionen, die den Rahmen definieren, innerhalb dessen die Unternehmen als wirtschaftliche Akteure agieren (können). Hierzu gehört zum dritten der Staat, also die zentrale politische Organisation, denn sie formiert und reformiert die Eigentumsrechte und damit die Anreize für wirtschaftliches Handeln und insbesondere für jene Investitionshandlungen, durch die Wachstumsprozesse in Gang gesetzt und in Gang gehalten werden – und bei deren Unterlassung Wachstumsprozesse gar nicht erst in Gang kommen. North diagnostiziert hier mehrere blinde Flecken der zeitgenössischen *Mainstream-Ökonomik*, und um diese konzeptionell aufzuhellen, sucht er Anschluss an die Neue Institutionenökonomik und erarbeitet immer wieder neue Vorschläge, wie sich die Ökonomik so weiterentwickeln lasse, dass das kliometrische Forschungsprogramm vorangebracht werde.

Man sieht: Diese beiden Stränge des zweigleisigen Ansatzes von Douglass North gehören eng zusammen. North entwickelt sie parallel. Thema und Methode sind bei ihm eng miteinander verbunden. Insofern muss es zunächst in Erstaunen versetzen, dass in der Begründung zur Verleihung des Nobelpreises für Wirtschaftswissenschaften, den Douglass C. North gemeinsam mit Robert W. Fogel 1993 erhalten hat, nur die eine Seite seiner Arbeiten angesprochen wird, nämlich die Pionierarbeiten zur Anwendung der Ökonomik auf historische Sachverhalte. Die Royal Swedish Academy of Sciences ehrt ihn – und Fogel – „for having renewed research in economic history by applying economic theory and quantitative methods in order to explain economic and institutional change“<sup>14</sup>. Sie ehrt ihn also nicht für seine Beiträge zur Weiterentwicklung der Ökonomik, sondern – einseitig – nur für seine Beiträge zur Weiterentwicklung der Kliometrie. Inwiefern ist das gerechtfertigt? Haben nur die Historiker etwas von North zu lernen? Oder verbinden sich mit seinem Werk auch Lektionen für Vertreter der

---

<sup>12</sup> Vgl. North und Thomas (1973).

<sup>13</sup> North selbst verwendet den Begriff einer ‚Diagnose der Moderne‘ nicht, obwohl sich das Thema seines Forschungsprogramms damit recht treffend beschreiben lässt. Zum Begriff der ‚Moderne‘ aber findet sich bei North und Thomas (1973; S. 102) immerhin folgende Bestimmung: „The year 1500 is widely recognized by historians as the watershed between the medieval world and the modern world. The first two centuries of this newer epoch contained much of historical importance, spanning such widely varied events as a price revolution, a commercial revolution, a reformation, a renaissance, voyages of discovery, the colonization of the New World, the development of world trade and the emergence of national states as the dominant form of political organization in Europe.“

<sup>14</sup> Royal Swedish Academy of Sciences (1993).



Ökonomik – und allgemeiner: für Vertreter der Sozialwissenschaften? Und schließlich: Wie steht es um die normativen, wachstumspolitischen Erkenntnisbeiträge, auf die bereits der junge North abzielte und die der ältere North bei zahlreichen Gelegenheiten als politischer Berater umzusetzen versucht hat? Welchen Beitrag leisten seine Arbeiten zur Theorie demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik?

Um diese Fragen zu beantworten, wird im Folgenden – beginnend mit dem programmatischen 1973er Buch – ein Großteil des Gesamtwerks von Douglass North aus drei Blickwinkeln untersucht.<sup>15</sup> Jeder Abschnitt widmet sich einer spezifischen Perspektive: Der erste Abschnitt zeichnet seine Diagnose der Moderne nach. Hier stehen Norths historische Erkenntnisse im Vordergrund. Der zweite Abschnitt untersucht die normativen Schlussfolgerungen, die North aus dieser Diagnose zieht. Hier stehen die entwicklungspolitischen Implikationen im Vordergrund. Der dritte Abschnitt schließlich widmet sich den methodologischen Beiträgen von Douglass North. Hier steht im Vordergrund, welche Beiträge er geleistet hat, um eine integrative Theoriebildung in den Sozialwissenschaften konzeptionell voranzubringen.

### 1. Douglass Norths kliometrische Diagnose der Moderne

„The affluence of Western man is a new and unique phenomenon.“<sup>16</sup>

“The First Economic Revolution created agriculture and »civilization«; the second created an elastic supply curve of new knowledge which built economic growth into the system. Both entailed substantial institutional reorganization.“<sup>17</sup>

“The source of development is the transition from a limited access to an open access society.“<sup>18</sup>

Für Douglass North ist der Aufstieg des Westens: der etwa um 1800 zuerst in Westeuropa einsetzende und von dort langsam auf andere Weltregionen ausgreifende Wachstumserfolg, das zentrale Erklärungsproblem der Geschichtswissenschaft. Der spezifische Erklärungsbeitrag hierzu, den North mit seinem Gesamtwerk leistet, lässt sich als eine Diagnose der Moderne qualifizieren: als eine Diagnose gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse, deren Zusammenwirken eine bis dahin welthistorisch einmalige Wachstumsdynamik ausgelöst hat. Diese Diagnose der Moderne lässt sich in drei Schritten rekonstruieren. Dabei stützt sich jeder Schritt auf eine zentrale Publikation.<sup>19</sup> Betrachtet man die zeitliche Streuung dieser drei Publikationen, so wird deutlich, dass sich North über mehr als dreißig Jahre lang mit diesem Problem intensiv

<sup>15</sup> Nicht eigens analysiert, aber doch wenigstens genannt werden sollen einige bedeutende Aufsätze. Vgl. etwa North und Thomas (1971), North und Weingast (1989), Milgrom, North und Weingast (1990), North (1994), Denzau und North (1994) sowie North, Wallis und Weingast (2005).

<sup>16</sup> North und Thomas (1973; S. 1).

<sup>17</sup> North (1981; S. 171).

<sup>18</sup> North, Wallis und Weingast (2006; S. 6).

<sup>19</sup> Vgl. North und Thomas (1973), North (1981) sowie North, Wallis und Weingast (2006).

beschäftigt hat, so dass es in der Tat den thematischen Leitfaden seines Gesamtwerks bildet.

((1)) In dem gemeinsam von Douglass North und Robert Thomas verfassten Buch über den Aufstieg des Westens lassen die Autoren keinen Zweifel daran, dass sie ein zweigleisiges Forschungsprogramm fahren wollen. Gleich zu Beginn, im Vorwort, wird klargestellt, dass mit dem Buch ein doppeltes Anliegen verfolgt wird – dass es den Autoren um Geschichtsschreibung und zugleich um Theoriebildung geht: „[W]e have developed a comprehensive analytical framework to examine and explain the rise of the Western world; a framework consistent with and complementary to standard neo-classical theory.“<sup>20</sup>

Im Hinblick auf den zeitlichen Ausschnitt, der in diesem Buch bearbeitet wird, ist interessant, dass er vom Jahr 1000 bis zum Ende des 18. Jahrhunderts reicht, so dass – entgegen der Ankündigung – genau genommen nicht die Geschichte des europäischen Wachstumserfolgs, sondern vielmehr nur die Vorgeschichte erzählt wird: jener langsame Aufschaukelungsprozess institutioneller Veränderungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, durch den schließlich zuerst in den Niederlanden und sodann in Großbritannien die Wachstumsdynamik als welthistorisches Kennzeichen der Moderne zum Durchbruch gelangte.

Konzeptionell betrachtet, wird diese Vorgeschichte in drei Schritten erzählt. Der erste Schritt erläutert das Anreizarrangement einer feudalen Ordnung. Der zweite Schritt analysiert demographische Entwicklungen, die das feudale Anreizarrangement unter Anpassungsdruck setzen. Der dritte Schritt schließlich beschreibt, wie sich die feudale Ordnung auflöst und wie unterschiedliche Sonderfaktoren dafür sorgen, dass in Frankreich und Spanien die wirtschaftliche Entwicklung in eine Sackgasse gerät, während sie in den Niederlanden und dann vollends in Großbritannien ihre dynamische Entfaltung findet. Diese Argumentation soll nun in wenigen Strichen skizzenhaft nachgezeichnet werden.

(a) Zum ersten Schritt: Nach dem Zusammenbruch des römischen Reiches entstand in Westeuropa eine extrem dezentrale Ordnung. Auf lokaler Ebene wurde das Zusammenleben so organisiert, dass ein persönliches Treueverhältnis zwischen der dörflichen Landbevölkerung, zumeist Bauern, und ihrem Grundherrn konstituiert wurde, mit klar zugeordneten Rechten und Pflichten. Der Grundherr sorgte für militärischen Schutz und sprach Recht. Im Gegenzug banden sich die Bauern – als Leibeigene – an die Scholle, schuldeten dem Grundherrn Frondienste und unterwarfen sich seiner Herrschaft. Zu den Frondiensten gehörten neben dem Militärdienst die sog. Hand- und Spanndienste. Damit bezeichnet man jene Naturalleistungen, mit denen die Bauern die Schutzleistung des Grundherrn quittierten. Es handelt sich um geleistete Arbeitsstunden auf den Feldern des Grundherrn, sei es mit bloßer Hand, wie beim Unkrautjäten, sei es unter Einsatz von Kapitalgütern, wie beim Pflügen mit (vor den Pflug gespannten) Ochsen.

Für North und Thomas ist wichtig, dass der Feudalismus als eine elementare Sicherheitsordnung interpretiert werden kann. Die feudale Verfassung im Zeichen der Burg löst ein gravierendes Problem: Sie verringert die immense Unsicherheit der Landbevölkerung, die durch Invasionen von Wikingern, Ungarn und Sarazenen hervorgerufen wurde, aber auch durch die Fehden und Beutezüge benachbarter Grundherren. Die dörfliche Subsistenzwirtschaft ist aus ihrer Sicht gleichsam die

---

<sup>20</sup> North und Thomas (1973; S. vii).

elementare Rückfallposition, mit der Westeuropa auf den Zerfall der sozialen Ordnung reagiert: auf das Verschwinden der Städte, die Abnahme der Arbeitsteilung, den Zusammenbruch der Geldwirtschaft und die fortwährende Bedrohung der Sicherheit durch Kampfhandlungen.<sup>21</sup>

Für North und Thomas fixiert die Feudalordnung ein fein austariertes System reziproker Rechte und Pflichten im Sinne von Leistungen und Gegenleistungen. Sie interpretieren die Feudalordnung also nicht nur als eine funktionale Problemlösung, sondern darüber hinaus auch als ein institutionelles Gleichgewicht. Durch diesen Kunstgriff ist es ihnen möglich, das ökonomische Verfahren einer komparativ-statischen Analyse anzuwenden: Sie untersuchen, wie dieses Gleichgewicht auf gravierende Störungen reagiert.

Bevor gleich – im zweiten Schritt – diese komparative Statik nachvollzogen wird, ist das institutionelle Gleichgewicht noch näher zu erläutern. Um deutlich zu machen, wie sehr die historische Untersuchung theoriegetrieben ist, sei ausdrücklich betont, dass North und Thomas bei ihren Überlegungen von einer ganz bestimmten Fragestellung ausgehen, die einem nur in den Sinn kommt, wenn man Geschichte nicht bloß beschreiben, sondern dezidiert erklären will. Ihre Frage lautet: „Why did the lord require labor services rather than simply take a share of the serf’s output?“<sup>22</sup>

Ihre Antwort auf diese Frage formuliert ein Transaktionskostenargument: Die landwirtschaftlichen Erträge sind unsicher. Sie schwanken stark in Abhängigkeit von Faktoren, die die Bauern nicht perfekt kontrollieren können. Hinzu kommt, dass keine Märkte existieren, die die landwirtschaftlichen Güter mit Preisen bewerten, so dass sie hinsichtlich ihres Wertes vergleichbar gemacht werden können. Auch fehlt es an Arbeitsmärkten, die den Faktor Arbeit bepreisen. Um unter solchen Bedingungen Verlässlichkeit – und Schutz vor opportunistischem Verhalten – herzustellen, ist es für beide Seiten, d.h. für den Grundherrn wie für die Bauern, von Vorteil, wenn sie sich auf vergleichsweise leicht beobachtbare Frondienste einigen, die im Zeitablauf konstant gehalten werden können, so dass sie sich als Brauch durch Gewohnheit einschleifen. Mit anderen Worten: Die notorisch zur sprichwörtlichen Drückebergerei einladenden Frondienste sind aus Sicht der Grundherren das geringere Übel und angesichts der relevanten Alternativen effizient. Im Original liest man hierzu:

„In the absence of an organized market to provide information on prices, both parties could do better by agreeing to produce the combination of goods they wanted by an exchange of the peasants’ services for those of the lord. ... [T]he key to the contractual arrangement was labor services in return for the lord’s protection; and in time this came to embrace justice through the manorial court, as a natural adjunct. The classic manor persisted as long as the initial conditions of chaos, abundant land, differential military endowments, and scarce labor prevailed.“<sup>23</sup>

(b) Zum zweiten Schritt: North und Thomas führen den demographischen Wandel als exogene Störgröße ein. Hierbei vertreten sie einen malthusianischen Ansatz. Sie gehen davon aus, dass ein steigender Lebensstandard das Bevölkerungswachstum ankurbelt

<sup>21</sup> North und Thomas (1973; S. 11): „The wooden or earth castle, the knight, and the relatively self-sufficient manor had emerged as the most viable response to the collapse of order and the recurrent invasions of Norsemen, Moslems, and Magyars. While the terror of foreign marauders had declined by the middle of the tenth century, the land seethed with continual warfare and brigandage, as the power of local lords waxed and waned. Feudalism provided a measure of stability and order in this fragmented world.“

<sup>22</sup> North und Thomas (1973; S. 20).

<sup>23</sup> North und Thomas (1973; S. 20 f.). Vgl. auch North und Thomas (1973; Kapitel 4, S. 25-32).

und dass eine wachsende Bevölkerung den Lebensstandard schließlich wieder sinken lässt. Wie wirkt nun ein solcher malthusianischer Zyklus auf die Feudalordnung?

Eine wachsende Bevölkerung lässt die Produktivität und damit den Wert der Arbeit sinken, sie verknappt die Lebensmittel, und sie lässt folglich den Wert des Bodens ansteigen. Dies hat zur Konsequenz, dass das institutionelle Gleichgewicht der Feudalordnung zugunsten der Grundherren verschoben wird. Ihre Macht nimmt zu. Allerdings kann der ökonomische Druck auf die dörfliche Subsistenzwirtschaft durch Migration gemildert werden. Eine solche Migration nimmt historisch zwei Formen an. Zum einen kommt es zur Ausdehnung der Dorfsiedlungen auf freie Flächen. In Kontinentaleuropa entspricht dies einer Wanderungsbewegung von West nach Ost. Zum anderen kommt es zur Bildung von Städten. Hier entstehen neue Muster der Arbeitsteilung. Insbesondere kommt es zu einer Wiedereinführung von Märkten, zu einem Wiederaufleben der Geldwirtschaft und zu institutionellen Innovationen, die die Funktionsweise von Märkten fördern.

Eine sinkende Bevölkerung kehrt diese Trends um. Sie lässt die Produktivität und damit den Wert der Arbeit steigen, sie verbilligt die Lebensmittel, und sie lässt den Wert des Bodens sinken. Hierdurch wird das institutionelle Gleichgewicht der Feudalordnung zu Lasten der Grundherren verschoben. Ihre Macht nimmt ab.<sup>24</sup>

(c) Zum dritten Schritt: Ausgestattet mit dieser ökonomischen Logik relativer Preisänderungen, untersuchen North und Thomas nun historisch zwei malthusianische Zyklen.

Sie beginnen im 10. Jahrhundert und schildern, wie sich im 11. und 12. Jahrhundert blühende Städte entwickeln, in denen das Handwerk floriert und neue Formen der marktlichen Arbeitsteilung institutionell gefördert werden. Im 13. Jahrhundert macht sich das Bevölkerungswachstum in sinkenden Bodenerträgen bemerkbar. Die damit einher gehende Veränderung in der Relation der Faktorpreise lässt das Realeinkommen der Bauern drastisch sinken. Die Folge sind eklatante Hungersnöte im 14. Jahrhundert, begleitet von Ausbrüchen der Pest. Das dadurch ausgelöste Massensterben führt zu einer radikalen Verringerung der Bevölkerung. Dies kehrt die Entwicklung um – und führt zur Auflösung der Feudalordnung:

„Falling rents made the landlord worse off at the same time that the scarcity of labor improved the bargaining strength of the worker. Under this influence the master-servant aspect of manorialism gradually fell away. Leases were lengthened, and the villain began to acquire exclusive rights to his land. Only where the lords could effectively collude rather than compete for labor, as in Eastern Europe, could they thwart the changing status (and income) of their former vassals.”<sup>25</sup>

Ähnlich wie die Grundherren, werden auch die Städte von dieser Entwicklung negativ getroffen. Sie leiden unter schrumpfenden Märkten – und reagieren defensiv: Zünfte mutieren zu Kartellen, die versuchen, die Preise für städtische Güter und Dienstleistungen trotz sinkender Nachfrage möglichst hoch zu halten.<sup>26</sup>

Doch anders als in den Städten, sind die Veränderungen auf dem Land nachhaltig im Sinne von irreversibel: An die Stelle von persönlichen Dienstpflichten treten mehr und mehr entgeltliche Abgaben; das dörfliche Gemeineigentum an Grund und Boden wird zunehmend umgewandelt in Privateigentum, so dass die Bauern größere

<sup>24</sup> Vgl. North und Thomas (1973; Kapitel 5, S. 33-45).

<sup>25</sup> North und Thomas (1973; S. 13). Vgl. auch North und Thomas (1973; Kapitel 3, S. 19-24).

<sup>26</sup> Vgl. North und Thomas (1973; S. 13).

Leistungsanreize für eine effiziente Bewirtschaftung erhalten; zugleich lösen sich die feudalen Herrschaftsverhältnisse zunehmend auf.

Das bedeutet: Am Ende des ersten malthusianischen Zyklus, den North und Thomas analysieren, gerät die feudale Ordnung unter Erosionsbedingungen. Das ursprüngliche institutionelle Gleichgewicht des 10. Jahrhunderts hält die Pendelbewegung von allmählicher Bevölkerungszunahme im 11. sowie 12. Jahrhundert hin zu drastischer Bevölkerungsabnahme im 13. und vor allem im 14. Jahrhundert nicht aus. Die Feudalordnung wird malthusianisch ausgehebelt. Entsprechend liest man bei North und Thomas folgendes Resümee: „By the time that population again began to grow in the last half of the fifteenth century, the basic structure of a feudal society had given way.“<sup>27</sup>

Der zweite malthusianische Zyklus, beginnend im 15. Jahrhundert, trifft also auf ein radikal verändertes gesellschaftliches Umfeld: auf eine mitten in Auflösung begriffene Feudalordnung. Das hat Konsequenzen. Sie äußern sich darin, dass der zweite Zyklus andere Auswirkungen hat als der erste, obwohl die ökonomische Logik die gleiche ist.

North und Thomas beobachten, dass es im 16. Jahrhundert zunächst zu ganz ähnlichen Phänomenen kommt wie im 13. Jahrhundert: die Bevölkerung wächst, die Agrarpreise steigen, die Realeinkommen sinken. Aber das 17. Jahrhundert unterscheidet sich fundamental vom 14. Jahrhundert. Die Autoren machen hierfür vor allem zwei Faktoren verantwortlich. Zum einen habe die Entdeckung der neuen Welt eine neue Migrationsoption geschaffen und somit ein zusätzliches Ventil für den Bevölkerungsdruck geöffnet. Zum anderen sei es in den Niederlanden und in Großbritannien zu institutionellen Neuerungen und in deren Folge zu Produktivitätsschüben gekommen, die die sinkende Produktivität in der Landwirtschaft zumindest teilweise kompensieren konnten. Damit vertreten North und Thomas folgende These:

„As a result, the Malthusian reaction in the seventeenth century was far less catastrophic than in the fourteenth, since both immigration to the New World and productivity increases were mitigating the diminishing returns in agriculture.“<sup>28</sup>

Weitere Faktoren kommen hinzu. Während die Feudalordnung eine Herrschaftsformation ist, die auf persönliche Treueverhältnisse gründet und diese vermittelt über ein Vasallensystem bis hin zum König hierarchisch strukturiert, wird das feudale Rittertum nicht nur malthusianisch ausgehebelt, sondern auch militärtechnologisch deklassiert, mit ebenfalls radikalen Folgen für die Gesellschaftsordnung: An die Stelle der Ritter treten stehende Heere mit zunehmend professionalisierten Soldaten. Es kommt zur Staatenbildung. Die regionalen Machtmonopole dehnen sich aus und gewähren Rechtsschutz für immer größere Räume. Diese staatlichen Machtmonopole grenzen aneinander – und treffen aufeinander. Die militärische Konkurrenz der Staaten zwingt den Herrschern eine gnadenlose Finanzierungslogik auf: Nur wer im Rüstungswettlauf mithalten kann, vermag in diesem Konkurrenzkampf zu bestehen. Insofern übersetzt sich die militärische Überbietungslogik in einen Steuerwettkampf. Die Folge: Die militärische Konkurrenz lässt die Herrscher daran interessiert sein, die wirtschaftliche Entwicklung und damit die Steuerkraft der Bürger zu fördern. Hierzu liest man:

<sup>27</sup> North und Thomas (1973; S. 13). Zum 13. Jahrhundert vgl. North und Thomas (1973; Kapitel 6, S. 46-70); zum 14. und 15. Jahrhundert vgl. North und Thomas (1973; Kapitel 7, S. 71- 89).

<sup>28</sup> North und Thomas (1973; S. 16).

„In the fragmented world of feudal society, the fixed castle and the knight in armor had been the chessmen in the game of defense. As these gave way before the new military technology (the crossbow, longbow, pike and gunpowder) the optimal size of the most efficient military unit gradually increased. The manor had to grow for efficiency into a community, a state; and, to survive, the state had to achieve far greater fiscal revenues than could be obtained from traditional feudal sources. Trade had to be encouraged, increased, extended, to bring in tax revenues to the head of state.”<sup>29</sup>

Obwohl alle Staaten existenziell daran interessiert sind, die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern, gelingt dies nicht allen Staaten gleich gut. North und Thomas beobachten einen dialektischen Prozess, in dem die vermeintliche Macht absoluter Herrscher in ihre Ohnmacht umschlägt, während die vermeintliche Ohnmacht schwacher Herrscher sich als wahre Stärke erweist und ihre Staaten mächtig werden lässt. So erklärt sich das historische Muster, dass – eigentlich wider Erwarten – Frankreich und Spanien hinter die Niederlande und Großbritannien zurückfallen. Hierzu liest man:

„In France and Spain the monarchy gradually wrested power away from representative bodies and developed a system (and level) of taxation which promoted local and regional monopoly, stifled innovation and factor mobility, and led to a decline in productive economic activity which was relative in the case of France and absolute in the case of Spain. In Holland, the changing conditions led to an oligarchy of merchants; in England, after years of strife, to the ascendancy of parliament over the Crown. And in both, to sustained economic growth, resulting from a hospitable environment for the evolution of a body of property rights which promoted institutional arrangements, leading to fee-simple absolute ownership in land, free labor, the protection of privately owned goods, patent laws and other encouragements to ownership of intellectual property, and a host of institutional arrangements to reduce market imperfections in product and capital markets.”<sup>30</sup>

Mit dem Entstehen der Aktiengesellschaft als moderner Unternehmensform, mit den sie unterstützenden Institutionen des Rechts, insbesondere des Vertragsrechts, mit einer stetig verbesserten Infrastruktur für funktionierende Kredit- und Versicherungsmärkte, mit der Einrichtung von Patenten und dem rechtlichen Schutz für den Austausch tangibler und zunehmend auch intangibler Güter sehen North und Thomas die Voraussetzungen dafür erfüllt, dass auf breiter Front in die Generierung und marktliche Umsetzung von Wissen investiert werden kann. Dass die Logik des malthusianischen Zyklus erstmals in den Niederlanden und in Großbritannien durchbrochen werden konnte, führen sie darauf zurück, dass institutionelle und organisatorische Innovationen hier eine Wissensrevolution möglich gemacht haben, durch die Produktivitätsschübe realisiert wurden, in deren Folge diese Gesellschaften trotz wachsender Bevölkerung nachhaltig steigende Lebensstandards realisieren konnten. Damit liefern sie eine ökonomische Erklärung für das welthistorisch epochemachende Phänomen moderner Wachstumserfolge in Westeuropa.

(2) In seiner 1981er Monographie dehnt Douglass North den Horizont seiner historischen Betrachtung in zeitlicher und regionaler Hinsicht aus. Als These vorangestellt: Seine Diagnose der Moderne wird eingebettet in eine ökonomische Theorie der Weltgeschichte.

<sup>29</sup> North und Thomas (1973; S. 17). Vgl. auch North und Thomas (1973; Kapitel 8, S. 91-101).

<sup>30</sup> North und Thomas (1973; S. 18). Für einen empirischen Ländervergleich im Hinblick auf das 16. und 17. Jahrhundert vgl. North und Thomas (1973; Kapitel 9, S. 102-119). Für ausführliche Länderstudien zu Frankreich und Spanien vgl. North und Thomas (1973; Kapitel 10, S. 120-131); zu den Niederlanden vgl. North und Thomas (1973; Kapitel 11, S. 132-145); zu Großbritannien vgl. North und Thomas (1973; Kapitel 12, S. 146-156).

In zeitlicher Hinsicht erweitert North den Horizont seiner Untersuchung beträchtlich. Er nimmt nun nicht nur die letzten 1.000 Jahre, sondern die letzten 10.000 Jahre in den Blick und unterscheidet zwei ökonomische Revolutionen: zum einen die sog. Neolithische Revolution, d.h. den gesellschaftlichen Übergang vom Jagen und Sammeln hin zur sesshaften Landwirtschaft; zum anderen die sog. Industrielle Revolution, d.h. den gesellschaftlichen Eintritt in die moderne Wachstumsökonomie. Beide Revolutionen sind für ihn letztlich institutioneller Natur: Die erste Revolution geht einher mit der erstmaligen Entstehung von Eigentumsrechten an Grund und Boden, und die zweite Revolution geht einher mit der erstmaligen Entstehung von Eigentumsrechten an Wissen. In beiden Fällen handelt es sich also um Anreizrevolutionen, und in beiden Fällen ändert sich dramatisch das Tempo und Ausmaß gesellschaftlicher Lernprozesse.

Auch in regionaler Hinsicht erweitert North den Horizont seiner Betrachtung. Er behandelt die Besiedlung der Kontinente in prähistorischer Zeit<sup>31</sup> und analysiert den Aufstieg und Niedergang von Reichen im antiken Ägypten, Persien, Griechenland und Rom.<sup>32</sup> Zusätzlich zur Feudalismusanalyse, die er mit leichten Modifikationen wieder aufnimmt,<sup>33</sup> präsentiert er eine in den wesentlichen Punkten unveränderte Kurzfassung seiner Analyse vom Niedergang Frankreichs und Spaniens und vom Aufstieg der Niederlande und Großbritanniens.<sup>34</sup> Er untersucht nun explizit die Industrielle Revolution<sup>35</sup> und ergänzt dies um eine Analyse der US-amerikanischen Wirtschaft zwischen 1789 und 1914.<sup>36</sup>

Die folgende Rekonstruktion geht in drei Schritten vor. Sie zeichnet nach, welche Thesen North (a) im Hinblick auf die erste ökonomische Revolution, (b) im Hinblick auf die zweite ökonomische Revolution und (c) im Hinblick auf die Gemeinsamkeiten beider Revolutionen vertritt.

(a) Zum ersten Schritt: Hier entwickelt North eine einfache ökonomische Modellüberlegung.<sup>37</sup> Er geht davon aus, dass in einer Gruppe von Jägern und Sammlern die Arbeitskraft der Gruppenmitglieder die wichtigste Ressource darstellt. Gruppen erhöhen ihren Reproduktionserfolg, wenn sie diese Ressource effizienter einsetzen als vergleichbare andere Gruppen. Im Prinzip stehen ihnen hierfür zwei Technologien zur Verfügung: zum einen die traditionelle Technologie des Jagens und Sammelns, die mit regelmäßigen Ortswechselln verbunden ist; zum anderen die neue Technologie von Viehzucht und Ackerbau, die mit Sesshaftigkeit verbunden ist. North unterstellt nun in seinem Modell, dass die marginale Arbeitsproduktivität bei der traditionellen Technologie – auf einem vergleichsweise hohen Niveau beginnend – mit zunehmender Gruppengröße abnimmt, während sie bei der neuen Technologie – auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau beginnend – mit zunehmender Gruppengröße

---

<sup>31</sup> Vgl. North (1981; Kapitel 7, S. 72-89).

<sup>32</sup> Zum Aufstieg dieser Reiche vgl. North (1981; Kapitel 8, S. 90-112); zum Niedergang, vor allem Roms, vgl. North (1981; Kapitel 9, S. 113-123.)

<sup>33</sup> Vgl. North (1981; Kapitel 10, S. 124-142). Die Modifikationen beziehen sich vor allem darauf, dass North seinen Kritikern konzediert, das im Prinzip reziproke Verhältnis zwischen Grundherren und Leibeigenen sei nicht symmetrisch, sondern aufgrund des Machtgefälles stark asymmetrisch. Vgl. North (1981; S. 129-133).

<sup>34</sup> Vgl. North (1981; Kapitel 11, S. 143-157).

<sup>35</sup> Vgl. North (1981; Kapitel 13, S. 171-186).

<sup>36</sup> Vgl. North (1981; Kapitel 14, S. 187-198).

<sup>37</sup> Vgl. North (1981, S. 74-77).

konstant bleibt. Folglich gibt es einen kritischen Bevölkerungswert, bei dessen Überschreiten es zu einem graduellen Technologiewechsel kommt.

Die neue Technologie setzt allerdings voraus, dass die Gruppe Fremde daran hindern kann, sich die Erträge aus Viehzucht und Landwirtschaft einfach anzueignen, und sie setzt voraus, dass es innerhalb der Gruppe so etwas wie eine Verteilungsregel gibt, die den Anreiz zum Trittbrettfahren ex ante, aber auch den Verteilungskonflikt ex post hinreichend in Grenzen hält.<sup>38</sup> Insofern ist es für North kein Zufall, dass mit dem Übergang zur sesshaften Landwirtschaft die Herausbildung protostaatlicher Organisationen einher geht, die den Gruppen ihre Eigentumsrechte an Vieh, Grund und Bodenerträgen sichern.

Von Bedeutung ist nun, dass North nicht die Entdeckung der neuen Technologie, sondern vielmehr die institutionelle Innovation exklusiver – d.h. andere ausschließender – Eigentumsrechte in den Vordergrund stellt. Sie hebt die Produktivität der neuen Technologie an und führt im Zusammenspiel mit Bevölkerungswachstum – und möglicherweise im Zusammenspiel mit ökologischen Krisen, die die Produktivität der traditionellen Technologie beeinträchtigen – dazu, dass es quasi automatisch, weil anreizkompatibel, zur ersten ökonomischen Revolution kommen muss:

„What I am asserting is that the invention of agriculture is not the most important issue. Rather, it is the incentive change resulting from exclusive property rights that will inevitably create agriculture.“<sup>39</sup>

(b) Zum zweiten Schritt: Während North und Thomas nicht die Geschichte, sondern nur die Vorgeschichte der Industriellen Revolution rekapitulieren, nimmt North im 12. Kapitel seines 1981er Buches eine explizite Analyse dieses epochemachenden Ereignisses vor. Dabei überrascht zunächst, dass er die eigentliche Revolution zeitlich später ansiedelt, als es unter Historikern sonst üblich ist. Seiner Auffassung nach hat sich der epochale (Durch-)Bruch nicht zwischen 1760 und 1830 ereignet, sondern erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, also praktisch hundert Jahre später, als es die orthodoxen Datierungen vorsehen.<sup>40</sup>

Wichtig ist ferner, dass North die Bedeutung unternehmensorganisatorischer Innovationen noch stärker als zuvor betont und nun im Zusammenspiel zwischen wissenschaftlicher Grundlagenforschung und marktlicher Umsetzung neuen Wissens durch Unternehmen den entscheidenden Motor für die Dynamik moderner Wachstumsökonomien ausmacht.<sup>41</sup> Da dieses Zusammenspiel – North bezeichnet es als

<sup>38</sup> North (1981; S. 86) schildert das als historisches Faktum: „The evolution of property rights has historically consisted of first excluding outsiders from harvesting the resource and then devising rules that limit the intensity of exploitation of the resource by insiders.“

<sup>39</sup> North (1981; Fußnote 3, S. 75). Vgl. auch North (1981; S. 77).

<sup>40</sup> North (1981; S. 158 f.) kennzeichnet die epochalen Folgen der zweiten ökonomischen Revolution mit fünf Merkmalen: starkes Bevölkerungswachstum; höherer Lebensstandard und höhere Lebenserwartung; dramatische Abnahme der Bedeutung des landwirtschaftlichen Sektors gegenüber dem Industrie- und Dienstleistungssektor; die Verstärkung der Gesellschaft (und ihrer Muster arbeitsteiliger Spezialisierung); sowie schließlich die Kontinuität technologischen Wandels. Im Hinblick auf diesen drastischen Wandel schreibt North (1981, S. 162) über den Zeitraum 1760-1850, der üblicherweise für die Industrielle Revolution angesetzt wird: „The period that we have come to call the Industrial Revolution was not the radical break with the past that we sometimes believe it to have been. ... The real revolution occurred much later, in the last half of the nineteenth century.“

<sup>41</sup> Zum einen macht North (1981; S. 168 ff.) geltend, dass der Übergang vom traditionell üblichen System der Heimarbeit zum neuen System der Fabrikarbeit mit einer größeren Qualitätskontrolle verbunden ist; dass dieser Übergang in großem Stil die Option von Teamproduktion eröffnet und



„the wedding of science and technology“<sup>42</sup> – erst nach 1850 auf breiter Front auftritt, liegt hierin auch der Grund für seine ungewöhnliche Datierung der zweiten ökonomischen Revolution. Seine These lautet: „[T]he combination of science and technology produced the Second Economic Revolution.“<sup>43</sup>

(c) Zum dritten Schritt: Für North ist es nicht eine Erfindung, die der Menschheit ihre erste ökonomische Revolution beschert, sondern eine institutionelle Innovation, die Erfindungen begünstigt. Und analog sind es für North wiederum nicht Erfindungen, die der Menschheit ihre zweite ökonomische Revolution bescheren, sondern vielmehr institutionelle Innovationen, von denen Anreize ausgehen, neues Wissen zu generieren und praktisch so umzusetzen, dass die Bevölkerung auf breiter Front davon profitiert. In beiden Fällen pocht North auf die institutionelle Bedingtheit – und mithin auf die gesellschaftliche Endogenität – des technologischen Wandels.

Aber es gibt noch eine weitere Gemeinsamkeit, auf die hier aufmerksam gemacht werden soll, weil sie die Eingangsthese verständlich macht, dass North seine Diagnose der Moderne in eine ökonomische Theorie der Weltgeschichte einbettet.

North setzt die beiden ökonomischen Revolutionen eng zueinander ins Verhältnis. Er interpretiert sie als zwei Etappen eines weltgeschichtlichen Lernprozesses der Menschheit. Dieser Prozess nimmt mit der ersten ökonomischen Revolution richtig Fahrt auf und leitet eine etwa zehntausendjährige Experimentierphase ein, in der verschiedenste Gesellschaften – mehr oder weniger erfolgreich – versuchen, die für die Generierung von Eigentumsrechten erforderlichen Organisationen (= Staaten) und Konnexinstitutionen (= Recht) funktional auszugestalten und die damit verbundenen Folgen und Folgeprobleme – vor allem Kriege und Bürgerkriege – gesellschaftlich in den Griff zu bekommen und beherrschbar zu machen. Dieser Prozess kulminiert in der modernen Wachstumsökonomie, die die Anreizwirkung von Eigentumsrechten nun auch auf die Produktion von Wissen ausdehnt und gerade dadurch eine vorher nie gekannte Dynamik entfaltet. Hierzu liest man bei North:

„The wedding of science and technology in the late nineteenth century was a revolution in the same sense as the development of agriculture. The First Economic Revolution was a fundamental change because it made possible the increase in the effective resource base through the incentives provided by property rights. Over the next ten millennia humans worked out the implications of that change. Admittedly these years were punctuated by numerous Malthusian crises, but these crises could be and were overcome by devising more efficient economic organization and technical change. Ultimately, however, there was a relatively fixed factor. The progress of technology finally depended on the systematic development of science, which required raising the rate of return on »pure« knowledge. Without the development of science, the growth of population would ultimately have led to an instability to expand the resource base further at constant cost.“<sup>44</sup>

Es ist also nicht übertrieben zu sagen, dass North seine Diagnose der Moderne in einen größeren historischen Zusammenhang stellt, wenn er darauf hinweist, dass die Entfaltung der modernen Wachstumsökonomie den Kulminationspunkt eines zehntausendjährigen Lernprozesses darstellt. Obwohl zeitlich getrennt, rücken die erste

---

dadurch neue Anreize für den Einsatz von Maschinen setzt. Zum anderen macht North (1981; S. 162) geltend, dass erst die wissenschaftliche Grundlagenforschung zu dramatischen Produktivitätsschüben geführt habe. Als Beispiele nennt er die Umsetzung wissenschaftlich produzierten Wissens in der petrochemischen Industrie oder in der Kernkraftindustrie.

<sup>42</sup> North (1981; S. 159).

<sup>43</sup> North (1981; S. 162).

<sup>44</sup> North (1981; S. 67).

und die zweite ökonomische Revolution bei dieser konzeptionellen Betrachtung eng zusammen. Die zweite Revolution wäre ohne die erste gar nicht möglich gewesen, und genau genommen setzt die zweite nur konsequent fort, was mit der ersten Revolution bereits angelegt war. Im Hinblick auf die institutionelle Bedingtheit dieser beiden epochalen Großereignisse in der Menschheitsgeschichte – und im Hinblick auf den Lernprozess, der zwischen ihnen ein Kontinuum herstellt –, kann man die zentrale These der ökonomischen Theorie der Weltgeschichte mit Norths eigenen Worten lapidar wie folgt zusammenfassen: „[I]t is the successes and failures in human organization that account for the progress and retrogression of societies.“<sup>45</sup>

(3) Eine signifikante Weiterentwicklung erfährt Norths Diagnose der Moderne – und ihre welthistorische Einbettung – erst 25 Jahre später, mit der Publikation eines programmatischen Aufsatzes, der offensichtlich eine weitere Buchpublikation vorbereiten soll.<sup>46</sup>

Gemeinsam mit seinen beiden Koautoren, John Joseph Wallis und Barry R. Weingast, hält Douglass North daran fest, die Menschheitsgeschichte durch zwei Zäsuren gekennzeichnet zu sehen, die durch ökonomische Revolutionen markiert werden. Neu ist, dass mittels einer radikalen Komplexitätsreduktion typische Gesellschaftsformationen identifiziert und gegenübergestellt werden. North, Wallis und Weingast bezeichnen die Gesellschaftsformation, die sich nach der ersten ökonomischen Revolution vor zehntausend Jahren eingestellt hat, als „limited access order“, während sie die typisch moderne Gesellschaftsformation der westlichen Welt mit dem Begriff „open access order“ belegen.

Die folgende Rekonstruktion geht in drei Schritten vor. Sie charakterisiert (a) den traditionellen Gesellschaftstyp, danach (b) den modernen Gesellschaftstyp und nimmt sodann (c) einen Vergleich beider Typen vor. Vorangestellt sei, dass die radikale Komplexitätsreduktion, mit der die Autoren arbeiten, eine strenge Unterscheidung von Institution und Organisation in Anspruch nimmt: Kennzeichen einer Organisation ist der Zusammenschluss mehrerer Individuen zu einem bestimmten Ziel, mit der Folge, dass dadurch ein neuer überindividueller Handlungsakteur entsteht.<sup>47</sup> Kennzeichen einer Institution hingegen ist es, ein Regelarrangement mit Anreizwirkungen zu sein.<sup>48</sup> Die generelle Stoßrichtung der Überlegungen lässt sich dann mittels dieser Unterscheidung so formulieren: „Understanding human development requires understanding how institutions shape the kind of organizations available for sustainable human cooperation.“<sup>49</sup>

(a) Zum ersten Schritt: Das zentrale Merkmal einer „limited access order“ besteht in einer Statusdiskriminierung der Gesellschaftsmitglieder, durch die ihre Möglichkeit, Organisationen zu bilden – und generell: rechtliche Bindungen einzugehen –, stark

---

<sup>45</sup> North (1981; S. 59).

<sup>46</sup> Vgl. North, Wallis und Weingast (2006; insbes. S. 8), wo ein „larger book project“ angekündigt wird.

<sup>47</sup> North, Wallis und Weingast (2006; S. 21): „[O]rganizations ... are made up of specific groups of individuals pursuing a mix of common and individual goals through partially coordinated behavior. ... Organizations act. ... [O]rganizations make choices.“

<sup>48</sup> North, Wallis und Weingast (2006; S. 20): „[I]nstitutions span formal laws, informal norms of behavior, and the shared beliefs that individuals hold about the world.“

<sup>49</sup> North, Wallis und Weingast (2006; S. 3). Ähnlich heißt es bei North, Wallis und Weingast (2006; S. 73): „Organizations are the key to understanding how societies perform. And institutions are the key to understanding how organizations form and behave.“

eingeschränkt wird. Charakteristisch ist ein ganz bestimmtes Zusammenspiel von wirtschaftlicher und politischer Ordnung.<sup>50</sup>

Die Autoren stellen sich das so vor: Entscheidend für die politische Ordnung ist der Staat als Organisation. Er entsteht unter anarchischen Bedingungen und übernimmt die Funktion, die Gesellschaft nach innen und außen zu befrieden. Der Staat produziert Recht und Sicherheit. Er vermindert die Gewaltanwendung, auch wenn er sie nicht vollkommen beseitigen kann, so dass Gewaltanwendung – als Drohkulisse – stets präsent bleibt und das gesellschaftliche Machtgefüge mit bestimmt.

Die Individuen – und Gruppen von Individuen –, die als militärische Eliten den Staat bilden, formieren sich als Koalition. Stabil (und funktional) ist eine solche Koalition nur dann, wenn sie es schafft, die Koalitionsmitglieder bei der Stange zu halten. Dies erfordert, es individuell vorteilhaft zu machen, auf Gewaltanwendung zu verzichten. Individuell vorteilhaft ist der Gewaltverzicht aber nur dann, wenn die Koalitionsmitglieder etwas zu verlieren haben. Folglich benötigt der Staat als Organisation ein Vorteilspotential, dessen man verlustig ginge, wenn man aus der Koalition ausscheiden würde.

An dieser Stelle bringen die Autoren die Idee einer ‚Interdependenz der Ordnungen‘ ins Spiel. Denn aus ihrer Sicht ist es eine Manipulation der wirtschaftlichen Ordnung, durch die die politische Ordnung sich selbst stabilisiert (und funktionsfähig hält). Die Koalitionsmitglieder der militärischen Eliten verschaffen sich via Staat den Vorteil, in wirtschaftlichen Wettbewerbsprozessen privilegiert zu werden. Das staatliche Gewaltmonopol wird diskriminierend zur Generierung und Aneignung wirtschaftlicher Renten eingesetzt. Als These zugespitzt: In einer ‚limited access order‘ lebt das politische System von wirtschaftlichen Wettbewerbsbeschränkungen.

(b) Zum zweiten Schritt: Das zentrale Merkmal einer ‚open access order‘ besteht in einem freien Zugang zu Wettbewerbsprozessen. Hierzu gehört auch die uneingeschränkte Möglichkeit, Organisationen zu bilden – und generell: rechtliche Bindungen einzugehen. Charakteristisch ist wiederum ein ganz bestimmtes Zusammenspiel von wirtschaftlicher und politischer Ordnung.<sup>51</sup>

Die Autoren stellen sich das so vor: In einer modernen Gesellschaft befindet sich die staatliche Organisation stets in Versuchung, durch Rent-Seeking in Muster einer vormodernen Privilegienwirtschaft zurückzufallen. Abgehalten wird sie davon nur, wenn sich die Bürger zur Wahrung ihrer individuellen Interessen in zahlreichen zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Organisationen zusammenschließen, mit denen sie auch politisch Druck ausüben können. Auch hier besteht also eine ‚Interdependenz der Ordnungen‘: Wirtschaft und Politik stabilisieren sich wechselseitig. Aber das Prinzip dieser Stabilisierung hat sich gleichsam historisch umgekehrt. Als These zugespitzt: In einer ‚open access order‘ lebt das politische System von der Entgrenzung des Wettbewerbs. Insbesondere lebt es davon, dass aus der Wirtschaft heraus das Interesse an fairen und funktionalen Regeln politisch artikuliert wird.<sup>52</sup>

<sup>50</sup> Vgl. North, Wallis und Weingast (2006; S. 28-36).

<sup>51</sup> Vgl. North, Wallis und Weingast (2006; S. 36-44).

<sup>52</sup> North, Wallis und Weingast (2006; S. 39, H.i.O.): „The main point is that market organizations have vested interests in maintaining the system that supports the protection for property rights, enforcement of contracts, and the rule of law. ... *Sustaining competitive democracy is possible only in the presence of economic competition and the emergence of sophisticated economic organizations.*“

(c) Zum dritten Schritt: Folgt man den Autoren, so lässt sich ein augenfälliger Unterschied zwischen beiden Gesellschaftstypen feststellen.

Die Koalitionäre, die die staatliche Organisation bilden, werden in einer „limited access order“ durch Privilegien diszipliniert: durch eine Vorteilsgewährung, deren sie verlustig gingen, wollten sie aus der Koalition ausscheiden. Im Klartext: Hier wird die Befriedigung der Gesellschaft durch einen Verzicht auf Wachstum erkaufte.

In einer „open access order“ hingegen werden die politischen Akteure durch Wettbewerb diszipliniert. Die Ausübung politischer Macht wird in der modernen Demokratie – durch einen institutionalisierten komplexen Prozess, der nicht nur Wahlen umfasst, sondern etwa auch Gerichtsbarkeit und Öffentlichkeit – an Verfahren gebunden, durch die die Machthaber nur dann ins Amt gelangen und im Amt bleiben können, wenn es ihnen gelingt, die Zustimmung großer Bevölkerungskreise zu gewinnen. Im Klartext: Hier wird die Befriedigung der Gesellschaft durch Wachstum sichergestellt.

Man kann es auch so ausdrücken: Jeder dieser beiden Gesellschaftstypen lebt von Renten. In der „limited access order“ werden diese Renten durch die partielle Außerkraftsetzung von Wettbewerb generiert. In der „open access order“ hingegen werden die Renten durch eine forcierte Inkraftsetzung von Wettbewerbsprozessen generiert. Die moderne Gesellschaft lebt als Wachstumsökonomie davon, dass Unternehmen im Wettbewerb Innovationsrenten anstreben und durch Wettbewerb alle Mitglieder der Gesellschaft zu Nutznießern von Konsumentenrente machen.

		Politische Ordnung	
		limited access	open access
Wirtschaftliche Ordnung	open access	IV instabil	I stabil
	limited access	III stabil	II instabil

Abb. 1: Die „Double-Balance“-These

Aus diesem Vergleich der beiden Gesellschaftstypen ziehen die Autoren eine wichtige Schlussfolgerung: Sie vertreten eine „Double-Balance“-These (vgl. Abb. 1). Dieser These zufolge sind von vier möglichen Kombinationen wirtschaftlicher und politischer Ordnung nur zwei stabil (und damit dauerhaft funktionsfähig). In einer „limited access order“ ist der politische und spiegelbildlich auch der wirtschaftliche Wettbewerb eingegrenzt. Dieser Gesellschaftstyp stabilisiert sich durch eine komplementäre Beschränkung von Wettbewerbsprozessen in beiden Sektoren. Hier gilt: „[L]imits on

political and economic access go hand-in-hand.“<sup>53</sup> In einer „open access order“ hingegen ist der politische und spiegelbildlich auch der wirtschaftliche Wettbewerb entgrenzt. Dieser Gesellschaftstyp stabilisiert sich durch eine komplementäre Öffnung von Wettbewerbsprozessen in beiden Sektoren. Hier gilt: „[P]olitical competition strengthens economic competition and economic competition strengthens political competition.“<sup>54</sup>

Vor diesem Hintergrund lässt sich das Bild der Weltgeschichte – genauer: das Bild von der in eine ökonomische Theorie der Weltgeschichte eingebetteten Diagnose der Moderne –, das North, Wallis und Weingast zeichnen, in ihren eigenen Worten abschließend wie folgt als Entwicklungstheorie kennzeichnen:

„Historically, societies have been ordered in three ways. The first social order dominated pre-recorded human history: the *primitive social order* is a kind of hunter-gatherer society. The second social order has dominated the last 10.000 years, what amounts to recorded human history: *limited access orders* solve the problem of containing violence by political manipulation of the economic system to generate rents by limiting entry to provide social stability and order. ... The third social order arose over the last 300 years: *open access orders* sustain social order through political and economic competition rather than rent-creation. Open access orders have developed in about two dozen countries, and all are both economically and politically developed.“<sup>55</sup>

## 2. Douglass Norths normative Lektionen für die Entwicklungspolitik

„The foundation of the limited access order is its solution to the problem of violence.“<sup>56</sup>

Was folgt aus dieser Entwicklungstheorie für die Entwicklungspolitik? Um diese Frage zu beantworten, wird zusätzlich zum Aufsatz aus dem Jahr 2006 noch ein Aufsatz aus dem Jahr 2007 herangezogen.<sup>57</sup> Die Schlussfolgerungen, die North mit seinen diversen Ko-Autoren zieht, lassen sich dann in drei Argumentationsschritten entwickeln: Zunächst wird rekonstruiert, wie drei Schwellenbedingungen identifiziert werden, die zwar nicht hinreichend, wohl aber notwendig sind, damit eine Transformation von „limited access orders“ zu „open access orders“ stattfinden kann. Sodann wird nachvollzogen, wie innerhalb der „limited access orders“ drei Untertypen unterschieden werden. Auf dieser Basis werden dann die entwicklungspolitischen Schlussfolgerungen der Entwicklungstheorie erläutert.

Im Folgenden wird für „limited access order“ auch die Abkürzung „LAO“ verwendet sowie als Übersetzungsvorschlag „geschlossene Gesellschaft“, für „open access order“ die Abkürzung „OAO“ sowie als Übersetzungsvorschlag „offene Gesellschaft“.

<sup>53</sup> North, Wallis und Weingast (2006; S. 47).

<sup>54</sup> North, Wallis und Weingast (2006; S. 45).

<sup>55</sup> North, Wallis und Weingast (2006; S. 4 f., H.i.O.). An dieser Stelle sei abschließend noch der Hinweis erlaubt, dass die Autoren auch eine Theorie der Transformation entwickeln. Ihre Erklärung für den Übergang vom Gesellschaftstyp der „limited access order“ zum Typ der „open access order“ stellt darauf ab, dass in einem Akt der Ko-Evolution der Staat als Organisation sowie das Unternehmen als Organisation so konstituiert werden, dass sie als überpersönliche Akteure – mit im Prinzip unendlicher Lebensdauer – konstituiert werden. Vgl. hierzu North, Wallis und Weingast (2006; Fußnote 38, S. 57) sowie den zugehörigen Text.

<sup>56</sup> North et al. (2007; S. 41).

<sup>57</sup> Vgl. North, Wallis und Weingast (2006) sowie North et al. (2007).

(1) North und seine Ko-Autoren leiten aus der ökonomischen Logik von „limited access orders“ drei theoretische Vermutungen, drei historische „predictions“<sup>58</sup> her. Sie identifizieren drei Merkmale, von denen anzunehmen sei, dass sie sich in allen Ausprägungen dieses Gesellschaftstyps wiederfinden lassen:<sup>59</sup>

- These zur historischen Genese: In geschlossenen Gesellschaften entstehen Eigentumsrechte und ein Rechtssystem als Instrument zur Bereicherung von Eliten.
- These zu den Außenbeziehungen: Geschlossene Gesellschaften kontrollieren, regulieren und beschränken den internationalen Handel.
- These zu den Binnenbeziehungen: Geschlossene Gesellschaften kontrollieren, regulieren und beschränken den Zugang zu Organisationen und die Verfügbarkeit von Organisationsformen.

Demgegenüber sehen die Autoren den Typ der offenen Gesellschaft durch ein einziges zentrales Merkmal gekennzeichnet. Hier lautet ihre „prediction of the theory“<sup>60</sup>:

- These zur Stabilität: In einer offenen Gesellschaft lässt sich der politische Wettbewerb der Demokratie nur aufrechterhalten durch einen wirtschaftlichen Wettbewerb zwischen ausdifferenzierten Organisationen.

Mit dieser These bringen die Autoren folgende Überlegung zum Ausdruck: Politische Akteure unterliegen stets der Versuchung, Privilegien zu generieren. Insofern besteht eine Tendenz, dass sie – sei es willentlich, sei es unwillentlich – den Offenheitsgrad der Gesellschaft wieder zurückentwickeln. Eine offene Gesellschaft kann sich folglich nur dann stabilisieren, wenn sie die politischen Akteure diszipliniert und dieser Tendenz entgegenwirkt. Das entscheidende Disziplinierungsinstrument besteht für North und seine Ko-Autoren darin, dass es einen pluralistischen Wettbewerb breit ausdifferenzierter wirtschaftlicher (und zivilgesellschaftlicher) Organisationen gibt, die sich gegen etwaige Ungleichbehandlungen wehren, indem sie politisch Druck ausüben.

Vor diesem Hintergrund bestimmen North und seine Ko-Autoren das Transformationsproblem des Übergangs von „limited access order“ zu „open access orders“ als graduelle Öffnung geschlossener Gesellschaften in dem Sinne, dass eine schrittweise Ausweitung des Zugangs zu Organisationen erfolgt. Für die theoretische Erklärung dieses spezifisch so gestellten Problems stellen sie das methodologische Kriterium auf, dass die mit der schrittweisen Ausweitung des Zugangs zu Organisationen verbundene Transformation als nicht-intendiertes Ergebnis intentionalen Handelns der jeweiligen Eliten rekonstruiert werden muss.<sup>61</sup> Das bedeutet: Die Geschichte der Transformation darf nicht so erzählt werden, dass man den Eliten (fälschlicherweise) ein Interesse an der Herbeiführung einer offenen Gesellschaft unterschiebt. Stattdessen muss man einzelne Maßnahmen identifizieren, die in einer konkreten Situation ergriffen wurden, weil sie von den handelnden Akteure als in ihrem genuinen Eigeninteresse liegend angesehen wurden; und dann muss man den Folgen dieser Maßnahmen nachgehen, ihren Transformationswirkungen, die von den handelnden Eliten nicht vorausgesehen – und schon gar nicht absichtlich herbeigeführt – wurden.

<sup>58</sup> North, Wallis und Weingast (2006; S. 32).

<sup>59</sup> Vgl. North, Wallis und Weingast (2006; S. 32 f.).

<sup>60</sup> North, Wallis und Weingast (2006; S. 39).

<sup>61</sup> Vgl. North, Wallis und Weingast (2006; S. 50).

Im Hinblick auf dieses Kriterium, das ja nichts anderes fordert als eine konsistente Anwendung der ökonomischen Denkfigur nicht-intendierter Folgen intentionalen Handelns im Sinne einer historischen Rekonstruktion von Anreizkompatibilität, entwickelt North mit seinen Ko-Autoren ein dreistufiges Erklärungsmuster für die Transformation von geschlossenen zu offenen Gesellschaften.

In der ersten Stufe müssen drei Schwellenbedingungen („doorstep conditions“) erfüllt werden. Von ihnen hängt es ab, ob es in der zweiten Stufe zu einer Umstellung von persönlichen Interaktionen auf unpersönliche Interaktionen zwischen den Eliten einer geschlossenen Gesellschaft kommt, die dann schließlich in der dritten Stufe zur eigentlichen Transformation – nicht führen muss, sondern – führen kann (Abb. 2):

„The central feature of the transition is the development of impersonal exchange among elites.“<sup>62</sup> Und weiter heißt es: „Once the doorstep conditions are in place, it is possible, but not inevitable, for impersonal exchange among elites to serve as the wedge that eventually opens access in the polity and economy.“<sup>63</sup>

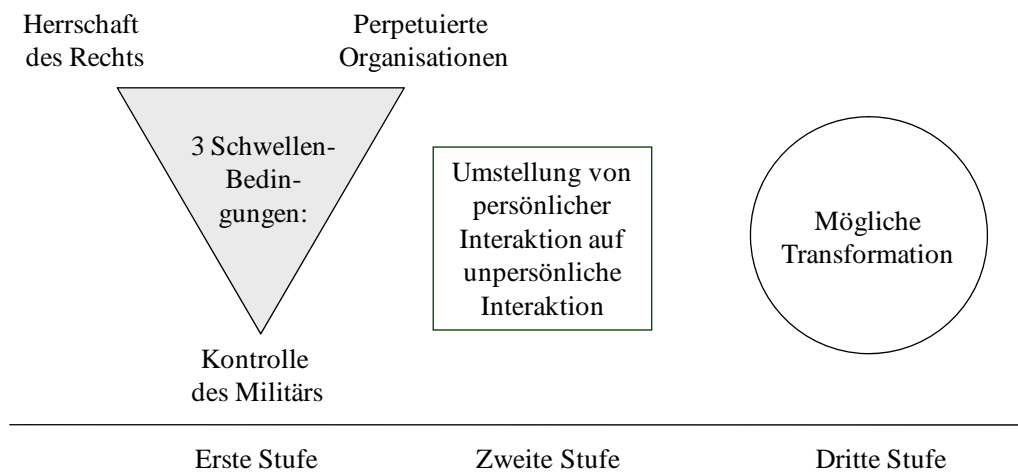


Abb. 2: Die dreistufige Transformationstheorie

Die drei Schwellenbedingungen beziehen sich zunächst nur auf die Beziehungen zwischen den Eliten einer geschlossenen Gesellschaft. Es handelt es sich

- erstens um rudimentäre Formen einer Herrschaft des Rechts,
- zweitens um die Ausbildung von korporativen Akteuren mit einem offenen Zeithorizont (= perpetuierte Organisationen) und schließlich
- drittens um die Kontrolle des Militärs.

Zur Erläuterung: Herrschaft des Rechts meint, dass die die Befriedungskalition bildenden Eliten einer geschlossenen Gesellschaft zunächst einmal vertrauensbildende Maßnahmen ergreifen, um sich wechselseitig zuzusichern, die Koalition stabil zu halten. Deshalb erlegen sie selbst Verfahren auf, wie etwaige Konflikte gelöst werden, ohne dass es sogleich zur Gewaltanwendung kommt. Auf diese Weise entstehen rudimentäre Rechtsformen – Usancen, Verträge und Gerichte –, die zunächst nur zwischen den Eliten gelten. Es handelt sich zwar um Privilegienrecht, von dem andere

<sup>62</sup> North, Wallis und Weingast (2006; S. 51).

<sup>63</sup> North, Wallis und Weingast (2006; S. 52).

Gesellschaftsmitglieder ausdrücklich ausgeschlossen werden, aber doch immerhin um Recht.<sup>64</sup>

Organisationen sind Zusammenschlüsse von Individuen. Sie konstituieren korporative Akteure, d.h. überindividuelle Handlungssubjekte. Besonders wichtig ist, dass diese künstlich geschaffenen Akteure einen längeren Zeithorizont haben können als natürliche Personen, weil sie auf unbestimmte Zeit angelegt – das heißt: mit einem Ewigkeitshorizont ausgestattet – werden können. Dadurch erhöht sich ihr Bindungspotential, mit der Folge, dass Organisationen als korporative Akteure Versprechen abgeben können, die gegenüber den Versprechen natürlicher Personen glaubwürdiger sind. Dies ist ein höchst wichtiger Produktionsfaktor. Insofern ist die Perpetuierung der Organisationen, ihr Unsterblichwerden, ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu wirtschaftlichem Fortschritt und zur Entfaltung von Wachstumsdynamik.<sup>65</sup> Dies gilt auch dann, wenn die Verfügbarkeit solcher Organisationsformen ebenso wie der Zugang zu bestehenden Organisationen zunächst nur den Eliten vorbehalten ist, so dass die anderen Gesellschaftsmitglieder davon ausgeschlossen bleiben.<sup>66</sup> Insbesondere gilt, dass die Einrichtung (perpetuierter) Organisationen maßgeblich dazu beiträgt, die Verhältnisse zwischen den Eliten vom Modus persönlicher Interaktion auf den Modus unpersönlicher Interaktion umzustellen.

In einer geschlossenen Gesellschaft gibt es zunächst kein Gewaltmonopol des Staates. Vielmehr ist die militärische Gewalt auf die Eliten verteilt, die die Befriedungskoalition bilden: „[C]ontrol of the military is not consolidated, it is unevenly distributed throughout the dominant coalition. The ability to threaten military action is one of the credible threats that keep the dominant coalition stable.“<sup>67</sup> Von diesem Ausgangspunkt aus muss eine politische Kontrolle militärischer Gewalt allererst entwickelt werden. Dies setzt voraus, dass es zur Genese von funktionalen Äquivalenten für die Androhung (und den Einsatz) von Gewalt kommt. Die Eliten müssen Mittel und Wege finden, nicht jeden Konflikt sogleich in einen Bürgerkrieg münden zu lassen. Dies erfordert ein Umschalten von Drohung auf Versprechen als Mittel zur Stabilisierung der Befriedungskoalition, die als Gewaltkoalition startet und sich in ihrem eigenen Interesse allmählich zivilisiert. Der Einsatz von Recht zur Konfliktregulierung und der Einsatz von Organisationen, durch die Interaktionsversprechen mit Glaubwürdigkeit ausgestattet werden, tragen zu einer solchen Zivilisierung maßgeblich bei.

So betonen North und seine Ko-Autoren denn auch, dass die drei Schwellenbedingungen nicht einfach enumerativ nebeneinanderstehen, sondern systematisch aufeinander aufbauen:

„The doorstep conditions build on one another. The creation of perpetually lived organizations for elites requires the existence of rule of law for elites. The creation of political control over

---

<sup>64</sup> Vgl. North, Wallis und Weingast (2006; S. 53 f.).

<sup>65</sup> Da Versprechen zwischen Interaktionspartnern Glaubwürdigkeit oft erst dann erlangen, wenn es eine dritte Instanz gibt, die die Versprechen mit Sanktionen bewehrt, argumentieren North, Wallis und Weingast (2006; S. 56), dass man von einer Ko-Evolution ausgehen muss zwischen dem Unsterblichwerden des Staates (als der wichtigsten gesellschaftlichen Organisation) und dem Unsterblichwerden der sonstigen Organisationen in Wirtschaft und Gesellschaft: „[T]he creation of perpetually lived elite organizations requires that the state itself become a perpetually lived organization.“

<sup>66</sup> Vgl. North, Wallis und Weingast (2006; S. 54-57).

<sup>67</sup> North, Wallis und Weingast (2006; S. 58).



the military requires both elite rule of law and elite perpetual organizations. All three conditions are necessary to establish impersonal exchange within elites.”<sup>68</sup>

(2) Zusammen mit seinen Ko-Autoren John Joseph Wallis, Steven B. Webb und Barry R. Weingast entwickelt Douglass C. North in einem Aufsatz aus dem Jahr 2007 eine Typologie geschlossener Gesellschaften (Abb. 3). Sie unterscheiden drei Formen: fragile, basale und reife „limited access orders“ („LAOs“).<sup>69</sup> Anders als in der folgenden Darstellung, nehmen sie hierbei nicht explizit Bezug auf die Schwellenbedingungen. Bei einer konzeptionellen Zusammenschau der beiden programmatischen Aufsätze wird aber rasch deutlich, dass ein solcher Bezug existiert bzw. leicht hergestellt werden kann.

Typ	Staatliches Gewaltmonopol (politische Kontrolle des Militärs)?	Recht als Mittel der Konfliktregulierung zwischen Eliten?	Ausdifferenziertes System staatlicher Organisationen?	Ausdifferenziertes System privater Organisationen?
fragil	nein	nein	nein	nein
basal	ja	ja	ja	nein
reif	ja	ja	ja	ja

Abb. 3: Drei Typen von geschlossenen Gesellschaften

(a) Fragile Gesellschaften sind notorisch instabil. In ihnen herrscht tägliche Gewalt(androhung). Es gibt kein staatliches Gewaltmonopol. Die militärische Gewalt liegt in den Händen der Eliten. Sie wird nicht politisch kontrolliert. Die dritte Schwellenbedingung ist also nicht erfüllt: „In the *fragile* LAO, the state can barely sustain itself in the face of internal and external violence.“<sup>70</sup> Ebenfalls nicht erfüllt ist die zweite Schwellenbedingung. Es gibt kein ausdifferenziertes System von Organisationen, weder im staatlichen Sektor, noch im privaten Sektor von Wirtschaft und Zivilgesellschaft: „Because of their instability, fragile LAOs have simple institutional structures for the state, and they cannot support private elite organizations.“<sup>71</sup> Nicht einmal die erste Schwellenbedingung ist erfüllt. Konflikte zwischen den Eliten werden nicht rechtlich ausgetragen, sondern mittels Gewalt(androhung): „In a fragile LAO, each faction in the dominant coalition has direct access to violence, and violence potential is a principal determinant of the distribution of rents and resources.“<sup>72</sup>

(b) Basale Gesellschaften sind vergleichsweise stabil. Es besteht ein staatliches Gewaltmonopol: „In the *basic* LAO, the state is well established and, in comparison to a fragile LAO, generally able to reduce the outbreak of violence.“<sup>73</sup> Zudem werden

<sup>68</sup> North, Wallis und Weingast (2006; S. 52).

<sup>69</sup> Vgl. North et al. (2007; S. 10-16).

<sup>70</sup> North et al. (2007; S. 11, H.i.O.).

<sup>71</sup> North et al. (2007, S. 11).

<sup>72</sup> North et al. (2007, S. 11).

<sup>73</sup> North et al. (2007; S. 12, H.i.O.).

Konflikte zwischen den Eliten rechtsförmig reguliert: „Basic LAO institutions are largely public law institutions ... and ... may include institutions supporting the succession of the leader, succession of elites, determination of tax and tribute rates, dispute resolution among coalition members, and division of the spoils of conquest.“<sup>74</sup> Die Befriedungscoalition hat sich also zumindest rudimentär zivilisiert. Und sie greift bereits auf Organisationen zurück, um die Interaktionen zwischen den Eliten glaubwürdig abzuwickeln. Allerdings beschränken sich die Organisationen weitestgehend auf den staatlichen Sektor: „In basic LAOs the only durable organization is the state itself, and elite rights and privileges are closely identified with it. ... Basic LAOs are not capable of supporting other organizations, even for elites, outside the orbit of the state’s own organizational structure. Any private organization is a potential threat to the dominant coalition. As a result, all private elite organizations are closely tied to the state.“<sup>75</sup> Auch wenn es noch keinen eigenständigen Sektor privater Organisationen gibt, so kommt es doch innerhalb des staatlichen Sektors durchaus zu einer reichhaltigen Ausdifferenzierung: „[S]pecialization and division of labor within the basic LAO state allows it to create organizations with specialized capacities that focus on particular public and private goods for the dominant coalition, such as managing trade, education, religion, tax collection, or infrastructure provision.“<sup>76</sup>

(c) Reife Gesellschaften verfügen nicht nur über ein funktionierendes staatliches Gewaltmonopol, sondern auch über ein ausdifferenziertes Rechtssystem und über ein ausdifferenziertes System staatlicher und privater Organisationen. Bei diesem Typ von „limited access order“ werden wirtschaftliche Organisationen ausdrücklich zugelassen und so reguliert, dass Renten entstehen, durch deren Zuteilung sich die Befriedungscoalition politisch – und eben nicht mehr unmittelbar militärisch – stabilisiert: „In the *mature* LAO, the government supports a large variety of organizations outside the government. As a limited access order, the mature LAO requires that each organization be sanctioned by the state. This allows the state to limit competition and create rents to maintain the dominant coalition.“<sup>77</sup> Hinsichtlich des Einsatzes von Recht als Mittel der inter-elitären Konfliktregulierung liest man: „A mature LAO ... has a well articulated body of public law that specifies the offices and functions of the state, the relationship between the offices and functions, and provides for methods of resolving conflicts within the state, and by extension, within the dominant coalition. The public law may be written or unwritten, but it must be embodied in a state organization, such as a court or bureaucracy, that is capable of articulating and enforcing the public law.“<sup>78</sup> Und im Hinblick auf die Ausdifferenzierung von staatlichen und privaten Organisationen sehen die Autoren in reifen geschlossenen Gesellschaften bereits rudimentär die gleiche Logik am Werk, die erst in offenen Gesellschaften ihre volle Entfaltung findet. Sie machen darauf aufmerksam, dass die politische Zulassung wirtschaftlicher Organisationen auf den politischen Sektor zurückwirkt und ihn stabilisiert. Die zugrunde liegende Idee besteht darin, dass sich der Staat auf diese Weise ein Sanktionspotential schafft, durch das es ihm möglich wird, selbst mehr glaubwürdige Bindungen einzugehen. Hierzu liest man: „Mature LAOs cannot develop without more sophisticated private organizations. ...

---

<sup>74</sup> North et al. (2007, S. 13).

<sup>75</sup> North et al. (2007, S. 12).

<sup>76</sup> North et al. (2007, S. 13).

<sup>77</sup> North et al. (2007, S. 13, H.i.O.).

<sup>78</sup> North et al. (2007; S. 14).

[T]he presence of better organized private elite organizations allows more sophisticated institutions and organizations to mature within the state, because the private organizations will fight to protect the differentiation and autonomy of public institutions, such as courts and the central bank. ... In a mature LAO, the government can credibly commit to a wider range of policies and institutions because elite private organizations can effectively punish the government if it deviates from its commitments.”<sup>79</sup>

Abschließend bleibt festzuhalten, dass die Autoren diese drei Typen nicht als teleologisches Stufenmodell verstanden wissen wollen. Für sie besteht keine Notwendigkeit eines Aufstiegs von fragilen zu basalen und schließlich zu reifen Gesellschaftstypen. Ganz im Gegenteil, sie wollen ausdrücklich anders verstanden werden:

„Although the different types of LAOs can be ordered in a progression from less to most developed, the progression is not a teleology: nothing inherent in any of these types impels them to move from fragile to basic or from basic to mature. States can regress as well as progress, and many states stagnate for decades or centuries.”<sup>80</sup>

(3) Die so ausgearbeitete Entwicklungstheorie mündet in drei entwicklungspolitische Schlussfolgerungen. Erstens können die Autoren eine Erklärung dafür anbieten, warum die üblichen entwicklungspolitischen Maßnahmen und Maßnahmenpakete typischerweise scheitern und warum sie systematisch zum Scheitern verurteilt sind. Zweitens können die Autoren die Herleitung entwicklungspolitischer Ziele mit einer wichtigen Differenzierung versehen, die zwei ganz unterschiedliche Zielsetzungen auseinanderhält und präzise zueinander ins Verhältnis setzt. Drittens schließlich können die Autoren Maßnahmen vorschlagen, mit denen sich die zuvor unterschiedenen Ziele verwirklichen lassen.

(a) Zur Kritik der traditionellen Entwicklungspolitik: North und seine Ko-Autoren fokussieren mit ihrer Perspektive auf das konzeptionelle – letztlich theoretisch verursachte – Defizit, dass die herkömmlichen Maßnahmen(pakete), mit denen versucht wird, die wirtschaftliche Entwicklung in armen Ländern zu fördern, eine angemessene Referentialisierung auf die Gesellschaftsformation dieser Länder vermissen lassen. Ihr kritischer Befund lautet, dass versucht werde, mittels einer Blaupausenpolitik einzelne Institutionen oder Organisation von offenen auf geschlossene Gesellschaften zu übertragen. Hiergegen machen sie geltend, dass man zwar einzelne Elemente, nicht aber die Funktionalität dieser Elemente kopieren könne, solange man die unterschiedliche Logik außer Acht lasse, nach der geschlossene und offene Gesellschaften funktionieren:

„[D]evelopment policies often fail because they try to transplant elements of the open access order – such as competition, markets, and democracy – directly into limited access orders. These reforms threaten the rent-creation that holds the society together and in many cases challenge the very logic on which the society is organized. Not surprisingly, the elite and many non-elite resist, sabotage, or subvert such reforms”<sup>81</sup>.

<sup>79</sup> North et al. (2007; S. 14).

<sup>80</sup> North et al. (2007; S. 15).

<sup>81</sup> North et al. (2007; S. 4). Weiter heißt es bei North et al. (2007, S. 42): „The foundation of the limited access order is its solution to the problem of violence. Reforms fail and lead to regression if they do not include arrangements to sustain this solution. ... By limiting access, the LAO creates rents that help maintain peace. Limiting access and rent-creation is more than just service to interest groups; it is a solution to the problem of violence. More competition, open access, or freer markets can weaken the rent-creation system that holds the LAO together. These reforms therefore threaten

(b) Zur systematischen Herleitung entwicklungspolitischer Ziele: North und seine Ko-Autoren zeichnen ein Bild der weltgeschichtlichen Entwicklung, nach dem nicht nur die meisten Gesellschaften der letzten zehntausend Jahre, sondern auch die meisten zeitgenössischen Gesellschaften als geschlossene Gesellschaften einzustufen sind. Die Kategorie der „limited access orders“ umfasst also eine außerordentlich große Spannweite, die freilich mit der Unterscheidung fragiler, basaler und reifer Gesellschaften überschaubar gehalten wird. Diese Unterscheidung konstituiert eine *vertikale* Dimension entwicklungspolitischer Zielsetzung. Ihr korrespondiert eine *horizontale* Dimension entwicklungspolitischer Zielsetzung, die durch die Unterscheidung zwischen geschlossenen und offenen Gesellschaften konstituiert wird (Abb. 4). Die vertikale Dimension erlaubt es, ein intra-gesellschaftliches Formationsproblem zwischen verschiedenen Typen von „limited access orders“ zu thematisieren, das als „Konsolidierung“ bezeichnet wird. Analog erlaubt es die horizontale Dimension, ein inter-gesellschaftliches Formationsproblem zu thematisieren, das als „Transformation“ bezeichnet wird, als Übergang von einer „limited access order“ zu einer „open access order“.

„The first development problem reflects the task of helping societies increase per capita incomes from \$400 to \$8.000. ... The second development problem is the *transition* from a limited access order to an open access order – from societies with per capita income of say \$8.000 to societies with per capita incomes of \$35.000. The two development problems are completely different, since one involves changes within the limited access order and the other involves the transformation of that order into an open access order.“<sup>82</sup>

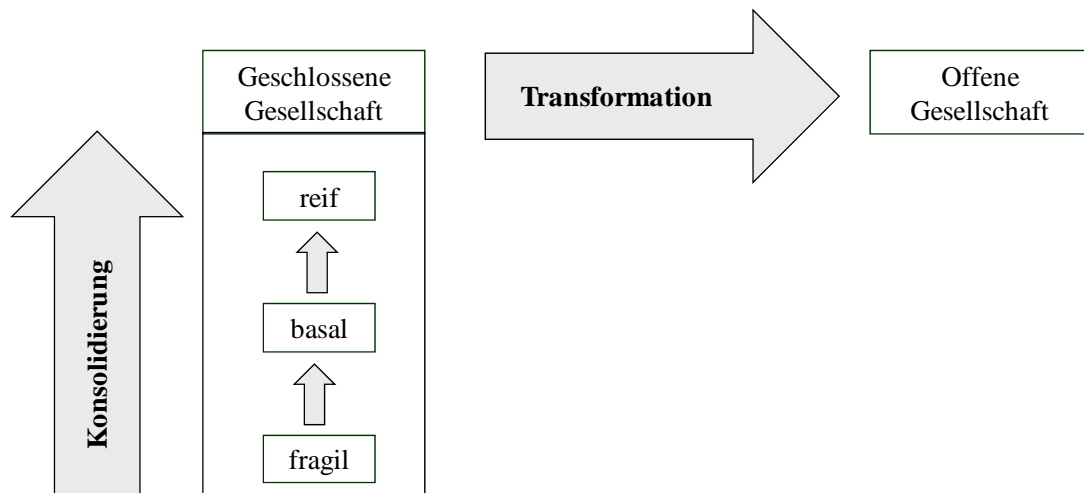


Abb. 4: Zwei unterschiedliche entwicklungspolitische Zielsetzungen

Konsolidierung zielt darauf ab, dass geschlossene Gesellschaften besser funktionieren, während Transformation darauf abzielt, geschlossene Gesellschaften in offene Gesellschaften zu überführen. Im ersten Fall wird versucht, die Logik beizubehalten, nach der das System primär den Interessen der Eliten dient. Allerdings wird angestrebt,

---

the basis of order and hold the risk of violence. Similarly, attempts to remove corruption, create rule of law, and institute democracy with competitive parties can also destabilize LAO and generate broad resistance.“

<sup>82</sup> North et al. (2007; S. 4, H.i.O.).

das System so zu perfektionieren, dass auch die Interessen der Nicht-Eliten – also die Interessen *aller* Bürger – vergleichsweise besser zur Geltung kommen. Im zweiten Fall hingegen wird diese Eliten-Logik außer Kraft gesetzt.

Die „Double-Balance-Theorie“ der Autoren markiert dies als einen äußerst wichtigen fundamentalen Unterschied: Das vertikale Konsolidierungsproblem lässt sich als graduelles Problem denken, weil es darum geht, innerhalb ein und desselben Gleichgewichtsmodells – Quadrant III in Abb. 1 – inkrementellen Fortschritt zu generieren. Demgegenüber erfordert das horizontale Transformationsproblem einen Gleichgewichtswechsel – von Quadrant III nach Quadrant I in Abb. 1: Wirtschaft *und* Politik müssen auf offenen Wettbewerb umgestellt werden.

(c) Zur systematischen Herleitung entwicklungspolitischer Empfehlungen: North und seine Ko-Autoren machen darauf aufmerksam, dass die Bekämpfung extremer Armut als Konsolidierungsziel, nicht als Transformationsziel aufgefasst werden muss.<sup>83</sup> Das gleiche gelte für die Hilfestellung, die man „failed states“ gewähren wolle, also jenen Gesellschaften, in denen die Befriedigungscoalition zerbrochen ist und die deshalb einen Rückfall in anarchische Gewaltanwendung erleben.<sup>84</sup>

Die einzelnen Empfehlungen folgen systematisch aus der theoretischen Unterscheidung fragiler, basaler und reifer Typen geschlossener Gesellschaften und sind konsequent darauf berechnet, Funktionalität innerhalb der jeweiligen Gesellschaftslogik zu entfalten: Fragile Gesellschaften sollten versuchen – und dabei unterstützt werden –, ihren staatlichen Sektor auszudifferenzieren und ein System von öffentlichen Organisationen zu entwickeln, durch das die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen verbessert wird. Basale Gesellschaften sollten versuchen – und dabei unterstützt werden –, ihren privaten Sektor auszudifferenzieren und ein System von wirtschaftlichen Organisationen zu entwickeln, durch das die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen verbessert wird. Bis hierhin reicht das Konsolidierungsziel. Ein Transformationsziel ist erst angemessen für gut funktionierende (und relativ wohlhabende) reife Gesellschaften. Sie sollten versuchen – und dabei unterstützt werden –, die drei Schwellenbedingungen zu erfüllen, ohne die eine Transformation zur offenen Gesellschaft gar nicht möglich ist. Hierzu liest man:

„Fragile LAOs should focus on creating the possibilities for moving towards a basic LAO, including more specialized governmental agencies and services. Basic LAOs should focus on creating the conditions that can foster and sustain private organizations. Mature LAOs should focus on creating the doorstep conditions.“<sup>85</sup>

<sup>83</sup> Vgl. North et al. (2007; S. 43 f.).

<sup>84</sup> North et al. (2007; S. 43): „Failing states do not turn around by becoming OAOs. Our approach suggests that creating peace in violence-torn societies involves creating a basic LAO, not in creating an open access order with democracy and markets, nice as that is for a long-term goal.“

<sup>85</sup> North et al. (2007; S. 43).

### 3. Douglass Norths Beiträge zur Methodologie der Sozialwissenschaften

„In limited access orders the political system manipulates the economy to create rents as a means of solving the problem of violence. Acknowledging this direct link between the creation of rents and maintenance of order enables us to integrate economic and political theory in a new way.”<sup>86</sup>

(1) Die bisherige Rekonstruktion hat das 1990er Buch ebenso wie das 2005er Buch von Douglass North weitgehend ausgespart. Um eine Lesart für sein Gesamtwerk zu liefern, muss dazu nun Stellung genommen werden. Eigentlich wäre dazu viel zu sagen. Doch gerade die neueren Publikationen, auf die hier ausführlich zurückgegriffen wurde, machen es möglich, sich vergleichsweise kurz zu fassen.

Geht man davon aus, dass Methodologie kein Selbstzweck ist, keine *l'art pour l'art*, sondern letztlich dazu dienen soll – und sich darin bewähren muss –, konkrete Theoriebildung produktiv anzuleiten, dann sind zwei Beobachtungen wichtig.

Zunächst ist darauf aufmerksam zu machen, dass – wenn man Norths Bücher im Zeitablauf vergleicht – sich der Schwerpunkt deutlich von konkreter Theoriebildung hin zu abstrakter Theoriebildungsreflexion verschoben hat: Das 1990er Buch ist vollständig und das 2005er Buch fast vollständig auf Methodologie konzentriert. Allerdings ist nicht zu erkennen, dass Norths Diagnose der Moderne oder die geschichtstheoretische Einbettung dieser Diagnose oder die entwicklungstheoretische und entwicklungspolitische Ausarbeitung ihrer Implikationen hierdurch inhaltlich gefördert worden wären. Dieser negative Befund gilt ausdrücklich für Norths Kritik an der Ökonomik, an ihrem vermeintlich zu engen Rationalitätsbegriff und ganz besonders für sein Plädoyer, die blinden Flecke der Ökonomik kognitionspsychologisch aufzuklären.<sup>87</sup>

Eine zweite Beobachtung kommt hinzu. Von der kognitionspsychologischen Wende, die North nicht ohne eine gewisse Vehemenz eingefordert und voranzutreiben versucht hat, ist in dem grundlegenden Aufsatz des Jahres 2006 nur ein minimales Residuum verblieben. Zwar kommt er mit seinen Ko-Autoren auch dort auf „the problem of cognition and the formation of beliefs“<sup>88</sup> zu sprechen. Doch heißt es dann weiter: „We touch briefly on the importance of belief formation in this paper, but it receives much greater treatment in our larger book project.“<sup>89</sup>

Um es als These zuzuspitzen: Hier wird die Lesart vertreten, dass das 1990er Buch ebenso wie das 2005er Buch im Wesentlichen dokumentiert, dass sich North methodologisch auf Abwege begeben hat, die sein eigenes Forschungsprogramm nicht substantiell vorangebracht haben. Seine Investition in die Kognitionspsychologie war

<sup>86</sup> North et al. (2007, S. 3).

<sup>87</sup> Noch bei North (2005; S. 5) liest man, was er bereits seit seinem 1990er Buch wie ein Mantra wiederholt: „The way we perceive the world and construct our explanations about that world requires that we delve into how the mind and brain work – the subject matter of cognitive science.“

<sup>88</sup> North, Wallis und Weingast (2006, S. 8).

<sup>89</sup> North, Wallis und Weingast (2006, S. 8).

eine Fehl-Investition, die sich weder für seine theoretischen noch für seine normativen Forschungsinteressen mit einer positiven Rendite ausgezahlt hat.<sup>90</sup>

Für die Überprüfung dieser Interpretations-These zeichnet sich eine empirische Überprüfung ab: Sobald das angekündigte Buch vorliegt, wird man beurteilen können, welchen (zusätzlichen) Beitrag zum Erkenntnisfortschritt die kognitionspsychologischen Überlegungen leisten, die darin nachgeliefert werden sollen. Die hier vertretene Lesart legt jedenfalls die Vermutung nahe, dass dieser Beitrag nicht allzu groß ausfallen wird.

(2) Das bedeutet jedoch nicht, dass North jede methodologische Reflexion misslingen würde. Ganz im Gegenteil. Seine Schriften sind durchzogen von perspektivischen Einsichten, die der sozialwissenschaftlichen Theoriebildung fruchtbare Anregungen zu geben vermögen. (Vielleicht macht sich hier Norths photographische Begabung bemerkbar, interessante Blickwinkel zu entdecken.) Im Folgenden seien illustrativ einige Beispiele angeführt, die sich im 2006er Aufsatz finden:

- North und seine Ko-Autoren formulieren die Einsicht, dass sie mit ihrer Arbeit den Ansatz von Mancur Olson vom Kopf auf die Füße stellen: Hatte Olson die Zunahme von Organisationen für die Sklerotisierung moderner Gesellschaften verantwortlich gemacht, so vertreten die Autoren die diametral entgegengesetzte Auffassung, dass der Wettbewerb organisierter Interessengruppen das System stabilisiert.<sup>91</sup>
- North und seine Ko-Autoren formulieren die Einsicht, dass ihr Ansatz inspiriert ist von der Analyse des Korruptionsphänomens, die Andrej Shleifer und Robert W. Vishny vorgelegt haben.<sup>92</sup>
- North und seine Ko-Autoren formulieren die Einsicht, warum sich die moderne Ökonomik erst in der modernen Gesellschaft entwickelt hat.<sup>93</sup>
- North und seine Ko-Autoren formulieren die Einsicht, wodurch sich ihr Ansatz von scheinbar ähnlichen Ansätzen renommierter Historiker und Sozialwissenschaftler abgrenzt. Sie machen geltend, dass sie sich nicht auf einen einzelnen Aspekt – als vermeintliches Signum der Moderne – kaprizieren, um dann die Entwicklung dieses Aspekts durch die Geschichte

---

<sup>90</sup> Man kann bereits bei Popper (1945, 1992; Kapitel 14, S. 105-117) nachlesen, warum nicht zu erwarten ist, dass eine als Situationslogik angelegte Sozialwissenschaft jemals darauf angewiesen sein könnte, psychologisch grundgelegt zu werden – was natürlich nicht ausschließt, dass die Psychologie an sich interessante und wichtige Einsichten generieren kann. Ganz im Gegenteil! Aber der methodische Stellenwert der Psychologie für die Sozialwissenschaften wird – wie bei North nachweisbar – eben doch grundlegend verkannt, wenn der sozialwissenschaftliche Individualismus naturalistisch interpretiert und damit ontologisch – anstatt methodologisch – ausgelegt wird.

<sup>91</sup> North, Wallis und Weingast (2006; S. 8): „We have ... turned Olson's ideas about the role of organized groups on its head. The proliferation of organized groups in an open access order produces a good outcome, not a bad outcome.“ – Natürlich regt diese diametrale Entgegensetzung dazu an, die Frage zu stellen, unter welchen Bedingungen sich gute oder schlechte Ergebnisse einstellen, so dass man auf das Folgeproblem stößt, zwischen funktionalen und dysfunktionalen Bedingungen für einen Wettbewerb organisierter Interessengruppen zu unterscheiden.

<sup>92</sup> Vgl. North, Wallis und Weingast (2006; S. 10.)

<sup>93</sup> North, Wallis und Weingast (2006; S. 36): „Our perspective suggests that it is not surprising that modern economic analysis of the price mechanism did not develop until open access orders with competitive markets began to develop. Competitive use of resources has existed since the dawn of human existence, but, with a few notable exceptions (such as ancient Greece), competitive markets with prices that convey information capable of coordinating human action are a recent development.“

zu verfolgen, sondern dass sie stattdessen die (Gleichgewichts-)Logik sozialer Prozesse offenlegen und mit diesem prononciert theoretischen Zugriff den Unterschied zwischen moderner und vormoderner Gesellschaft exakt markieren können.<sup>94</sup>

- North und seine Ko-Autoren setzen sich zu Max Weber, Karl Marx und Adam Smith in Beziehung und verorten ihren Ansatz damit auf durchaus informative Weise in der sozialwissenschaftlichen Literatur.<sup>95</sup>
- North und seine Ko-Autoren formulieren die Einsicht, *warum* – und nicht zuletzt: *wie* – Wirtschaftsanalyse und Politikanalyse sozialwissenschaftlich zu integrieren sind.<sup>96</sup>

Doch trotz dieser brillanten Leistungen des *Methodologen* Douglass North (und seiner Ko-Autoren) bleibt im Hinblick auf sein Gesamtwerk und insbesondere im Hinblick auf sein 1990er und sein 2005er Buch folgende These festzuhalten: North gehört zu den Autoren, deren methodologischen Selbstauskünften mit einer gehörigen Portion Skepsis – und mit ungetrübt eigenständigem Urteilsvermögen – zu begegnen ist.<sup>97</sup>

(3) Vor diesem Hintergrund gelangt die hier zur Diskussion gestellte Lesart des Gesamtwerks zu einer differenzierten Einschätzung, die sich wie folgt als These zuspitzen lässt: Die wichtigsten Beiträge zur Methodologie der Sozialwissenschaften leistet Douglass North nicht als Methodologe, sondern als Theoretiker. Wenn man hinsichtlich der sozialwissenschaftlichen Methode von ihm lernen will, dann darf man

---

<sup>94</sup> North, Wallis und Weingast (2006; S. 48) grenzen sich vom üblicherweise eklektizistischen Zugriff der Geschichtstheoretiker, mit dem diese die eigentliche Problemstellung einer Diagnose der Moderne tendenziell verfehlen, wie folgt ab: „Usually some aspect of modern society – such as impersonal exchange, capital accumulation, competitive markets, democracy, rule of law, high income, geography, disease environment, or a heightened concept of self and individual rights – is posited to be the critical aspect of all developed societies. The social scientist then traces the emergence of that aspect through the historical record to see if the presence or emergence of that trait is connected with modern development. ... Our conceptual framework identifies the social processes that sustain impersonal exchange, competitive markets, and competitive democracy. For insights into these processes, we must look to the interaction of institutions and organizations, specifically to the institutional supports and constraints on the type of organizations that can form and then provide access to those organizational forms.”

<sup>95</sup> North, Wallis und Weingast (2006; S. 9, H.i.O.): „Weber focused on identical questions in *The Protestant Ethic and the Spirit of Capitalism*, although he reached different conclusions than we do about why Europe was unique. But Weber’s ... emphasis on the importance of organizations as central to understanding the operation of societies is very much in line with our focus on institutions and organizations. Marx ... termed as capitalist what we call open access, and by hypothesizing that material conditions determined political arrangements, he failed to capture both sides of the double balance. Adam Smith ... of course was the first advocate of an explicit and conscious open access economic order.“

<sup>96</sup> North, Wallis und Weingast (2006; S. 70): „All developed countries in the world today have both competitive democracies and competitive market economies. This connection strongly suggests that theories of economics that take politics as exogenous and theories of politics that take economics as exogenous are incapable of explaining the process of modern social development. Our framework integrates both.“ Hinzu kommt, dass North, Wallis und Weingast (2006; S. 36) es nicht versäumen, die zentrale sozialwissenschaftliche Einsicht ihres Ansatzes in die Interdependenz wirtschaftlicher und politischer Ordnungen – sowohl in geschlossenen wie auch in offenen Gesellschaften – in einem einzigen Satz zusammenzufassen: „Where limited access orders use rent-creation to provide social order, open access orders use competition.“

<sup>97</sup> Retrospektiv betrachtet, ist beispielsweise die Charakterisierung des 1973er und des 1981er Buches – und seine eigene Distanzierung von diesen Arbeiten – bei North (1990; S. 7) absolut irreführend.



nicht primär darauf schauen, wie er über Theoriebildung *reflektiert*, sondern man muss sich anschauen, wie er Theoriebildung *betreibt*.<sup>98</sup> Hier gilt das Motto: An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.

Für diese These sei abschließend nur ein Beleg angeführt. North vertritt mit seinen Ko-Autoren – wohlgermerkt: nicht als Methodologe, sondern als *Theoretiker* – eine Drei-Ebenen-Unterscheidung zwischen Organisationen, Institutionen und Gesellschaftsformationen, mit der Pointe, dass es die – in der bisherigen sozialwissenschaftlichen Literatur zumeist nicht explizit thematisierte – *Gesellschaftsformation* ist, von der es abhängt, wie Institutionen und Organisationen funktionieren und welche Folgen sie zeitigen.<sup>99</sup> – Die weitere Reflexion und Ausarbeitung dieser Drei-Ebenen-Unterscheidung markiert eine wichtige Zukunftsaufgabe für die Sozialwissenschaften.

Wem sich dies nicht auf Anrieb erschließt, wer also nicht sofort vor Augen hat, welch fundamentaler Beitrag für die positive Theoriebildung in den Sozialwissenschaften – und damit für die theoretischen Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – schon allein mit dieser Drei-Ebenen-Unterscheidung geleistet worden ist, der kann sich bei North auch normativ inspirieren (und die Augen öffnen) lassen. Besonders geeignet hierfür ist eine sichtlich als Provokation zugespitzte Formulierung, mit der thematisiert wird, wie stark korrekturbedürftig die Perspektive ist, aus der üblicherweise auf Entwicklungsländer geblickt wird:

„[L]imited access orders have been the default option for human societies over the last ten thousand years. We have termed the political and economic structure of the limited access order the natural state for a reason: it is the *natural* form of human society. The implications for development policy are enormous. Natural states are not failed states, they are typically not produced by evil men with evil intentions, and they are not the result of pathologies in the structure of these societies. Nothing is unnatural about natural states. And because natural states are not sick, policy medicine will not cure them.”<sup>100</sup>

---

<sup>98</sup> Man kann es auch so ausdrücken: Hätte Douglass North seinen Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften mit der gleichen Begründung wie im Jahr 1993 erst 15 Jahre später, also im Jahr 2008 erhalten, so wäre das Nobelpreiskomitee durchaus dafür zu tadeln, Norths fulminanten Beitrag zur Theoriebildung in den Sozialwissenschaften in der Preisbegründung ausgespart zu haben.

<sup>99</sup> North, Wallis und Weingast (2006; S. 49): „[T]he same institution or mechanism may produce different outcomes in different circumstances. In particular, many institutions and mechanisms work differently depending on whether the institution is embedded in a limited access order or an open access order.”

<sup>100</sup> North, Wallis und Weingast (2006; S. 70 f., H.i.O.).

*Literatur*

- Denzau, Arthur T. und Douglass C. North (1994): Shared Mental Models: Ideologies and Institutions, in: *Kyklos* 47, Heft 1, S. 3-31.
- Milgrom, Paul R., Douglass C. North und Barry R. Weingast (1990): The Role of Institutions in the Revival of Trade: The Law Merchant, Private Judges, and the Champagne Fairs, in: *Economics and Politics* 2, S. 1-23
- North, Douglass C. (1961): *The Economic Growth of the United States, 1790-1860*. Englewood Cliffs, N.J.
- North, Douglass C. (1974): *Growth and Welfare in the American Past*, Englewood Cliffs, N.J.
- North, Douglass C. (1981): *Structure and Change in Economic History*, New York und London.
- North, Douglass C. (1981, 1988): *Theorie des institutionellen Wandels. Eine neue Theorie der Wirtschaftsgeschichte*, Tübingen.
- North, Douglass C. (1990): *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*, Cambridge.
- North, Douglass C. (1990, 1992): *Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung*, Tübingen.
- North, Douglass C. (1993, 2005): *Autobiography*, im Internet unter: [http://nobelprize.org/nobel\\_prizes/economics/laureates/1993/north-autobio.html](http://nobelprize.org/nobel_prizes/economics/laureates/1993/north-autobio.html)
- North, Douglass C. (1994): Economic performance Through Time, in: *American Economic Review* 84, Heft 3, S. 359-368.
- North, Douglass C. (2005): *Understanding the Process of Economic Change*, Princeton und Oxford.
- North, Douglass C. und Lance Davis (1971): *Institutional Change and American Economic Growth*, Cambridge.
- North, Douglass C. und Robert Paul Thomas (1971): The Rise and Fall of the Manorial System: A Theoretical Model, in: *Journal of Economic History* 31, S. 777-803.
- North, Douglass C. und Robert Paul Thomas (1973): *The Rise of the Western World. A New Economic History*, Cambridge.
- North, Douglass C., John Joseph Wallis, Steven B. Webb und Barry R. Weingast (2005): *The Natural State: The Political-Economy of Non-Development*, im Internet unter: <http://www.international.ucla.edu/cms/files/PERG.North.pdf>
- North, Douglass C., John Joseph Wallis, Steven B. Webb und Barry R. Weingast (2007): *Limited Access Orders in the Developing World: A New Approach to the Problem of Development*, World Bank Policy Research Working Paper 4359, im Internet unter: <http://econ.worldbank.org>
- North, Douglass C., John Joseph Wallis und Barry R. Weingast (2006): *A Conceptual Framework for Interpreting Recorded Human History*, NBER working paper 12795, im Internet unter: <http://www.nber.org/papers/w12795>
- North, Douglass C. und Barry R. Weingast (1989): Constitutions and Commitment: The Evolution of Institutions Governing Public Choice in Seventeenth-Century England, in: *Journal of Economic History* 49, Heft 4, S. 803-832.
- Popper, Karl R. (1945, 1992): *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*, Band 2, 7. Auflage, Tübingen.

Royal Swedish Academy of Sciences (1993): Press Release vom 12. Oktober 1993, im Internet unter:  
[http://nobelprize.org/nobel\\_prizes/economics/laureates/1993/press.html](http://nobelprize.org/nobel_prizes/economics/laureates/1993/press.html)

Diskussionspapiere<sup>101</sup>

- Nr. 2008-8 **Ingo Pies**  
Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – Der Ansatz von Douglass North
- Nr. 2008-7 **Ingo Pies**  
Mathematik und Ordnungspolitik sind kein Widerspruch – Aber die universitäre Zukunft der Ordnungspolitik ist selbst ein gravierendes Ordnungsproblem
- Nr. 2008-6 **Stefan Hielscher**  
Die Sachs-Easterly-Kontroverse: „Dissent on Development“ Revisited
- Nr. 2008-5 **Stefan Hielscher, Markus Beckmann**  
Social Entrepreneurship und Ordnungspolitik: Zur Rolle gesellschaftlicher Change Agents am Beispiel des Kruppschen Wohlfahrtsprogramms
- Nr. 2008-4 **Ingo Pies, Stefan Hielscher, Markus Beckmann**  
Corporate Citizenship as Stakeholder Management: An Ordonomic Approach to Business Ethics
- Nr. 2008-3 **Ingo Pies, Christof Wockenfuß**  
Armutsbekämpfung versus Demokratieförderung: Wie lässt sich der entwicklungs- politische Trade-Off überwinden?
- Nr. 2008-2 **Ingo Pies**  
Markt und Organisation: Programmatische Überlegungen zur Wirtschafts- und Unternehmensethik
- Nr. 2008-1 **Ingo Pies**  
Unternehmensethik für die Marktwirtschaft: Moral als Produktionsfaktor
- Nr. 2007-23 **Ingo Pies**  
Globalisierung und Soziale Marktwirtschaft: Eine wirtschaftsethische Perspektive
- Nr. 2007-22 **Hans-Ulrich Zabel**  
Nachhaltigkeit mit ethischen Herausforderungen
- Nr. 2007-21 **Klaus Beckmann**  
Jon Elster und das Zeitinkonsistenz-Problem
- Nr. 2007-20 **Ingo Pies, Stefan Hielscher**  
Nachhaltigkeit in Forschung und Lehre – Die „Principles for Responsible Management Education“ des UN Global Compact
- Nr. 2007-19 **Claus Offe**  
Die genetische Entschlüsselung der politischen Ordnung  
Jon Elster über Selbstbindung und die Verfassungsprozesse in Osteuropa
- Nr. 2007-18 **Ingo Pies, Jörg Viebranz**  
Jon Elster und das Problem lokaler Gerechtigkeit
- Nr. 2007-17 **Ingo Pies**  
Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – Der Beitrag von Jon Elster.

---

<sup>101</sup> Als kostenloser Download unter <http://ethik.wiwi.uni-halle.de/forschung>. Hier finden sich auch die Diskussionspapiere der Jahrgänge 2003, 2004 und 2005.

- Nr. 2007-16 **Ingo Pies, Markus Beckmann, Stefan Hielscher**  
Mind the Gap! – Ordonomische Überlegungen zur Sozialstruktur und Semantik moderner Governance
- Nr. 2007-15 **Ingo Pies, Stefan Hielscher, Markus Beckmann**  
Theorie für die Praxis – Zehn Thesen zur wirtschafts- und unternehmensethischen Ausbildung von Führungskräften
- Nr. 2007-14 **Sabine Campe, Lothar Rieth**  
Wie können Corporate Citizens im Global Compact voneinander lernen? Bedingungen, Hemmnisse und Bewertungskriterien
- Nr. 2007-13 **Ingo Pies, Stefan Hielscher, Markus Beckmann**  
Wie können Corporate Citizens voneinander lernen? Anregungen für den Global Compact der Vereinten Nationen
- Nr. 2007-12 **Ingo Pies**  
Unternehmensethik in der Marktwirtschaft: Moral als Produktionsfaktor
- Nr. 2007-11 **Ingo Pies**  
Fragen und Antworten – Wie reagiert eine ökonomische Theorie der Moral auf die „Frequently Asked Questions“ zur Wirtschafts- und Unternehmensethik?
- Nr. 2007-10 **Johanna Brinkmann-Braun, Ingo Pies**  
The Global Compact's Contribution to Global Governance Revisited
- Nr. 2007-9 **Ingo Pies, Stefan Hielscher**  
The International Provision of Pharmaceuticals: A Comparison of Two Alternative Theoretical Strategies for Global Ethics
- Nr. 2007-8 **Markus Beckmann**  
NePAD und der African Peer Review Mechanism – Zum Potential politischer Selbstbindung
- Nr. 2007-7 **Karl Homann**  
Moral oder ökonomisches Gesetz?
- Nr. 2007-6 **Markus Beckmann, Ingo Pies**  
Responsibility and Economics
- Nr. 2007-5 **Ingo Pies, Stefan Hielscher**  
Das Problem weltmarktlicher Arzneimittelversorgung:  
Ein Vergleich alternativer Argumentationsstrategien für eine globale Ethik
- Nr. 2007-4 **Ingo Pies**  
Wie bekämpft man Korruption? – Lektionen der Wirtschafts- und Unternehmensethik
- Nr. 2007-3 **Markus Beckmann**  
Ökonomischer Ansatz und die Theorie des Self-Command bei Thomas Schelling
- Nr. 2007-2 **Ingo Pies**  
Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – Der Beitrag von Thomas Schelling
- Nr. 2007-1 **Ingo Pies, Stefan Hielscher**  
Das Problem der internationalen Arzneimittelversorgung: Eine wirtschaftsethische Perspektive
- Nr. 2006-13 **Ingo Pies**  
Ist Konsens im Konflikt möglich? – Zur gesellschaftstheoretischen und gesellschafts-politischen Bedeutung von Metaspielen
- Nr. 2006-12 **Ingo Pies**  
Nachhaltigkeit: eine semantische Innovation von welthistorischer Bedeutung
- Nr. 2006-11 **Markus Beckmann, Ingo Pies**  
Ordo-Responsibility – Conceptual Reflections towards a Semantic Innovation

- Nr. 2006-10 **Markus Beckmann, Ingo Pies**  
Ordnungsverantwortung – Konzeptionelle Überlegungen zugunsten einer semantischen Innovation
- Nr. 2006-9 **Markus Beckmann, Ingo Pies**  
Freiheit durch Bindung – Zur ökonomischen Logik von Verhaltenskodizes
- Nr. 06-8 **Ingo Pies**  
Methodologischer Hobbesianismus und das Theorieprogramm einer interessenbasierten Moralbegründung
- Nr. 06-7 **Ingo Pies, Peter Sass**  
Korruptionsprävention als Ordnungsproblem – Wirtschaftsethische Perspektiven für Corporate Citizenship als Integritätsmanagement
- Nr. 06-6 **Nikolaus Knoepffler**  
Projekt „Wirtschaftsethik“. Zur Aufhebung des Ansatzes von Karl Homann
- Nr. 06-5 **Ingo Pies, Alexandra von Winning**  
Die UN-Dekade „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ und der Beitrag des Global Compact: Eine wirtschaftsethische Perspektive
- Nr. 06-4 **Ingo Pies**  
Markt versus Staat? – Über Denk- und Handlungsblockaden in Zeiten der Globalisierung
- Nr. 06-3 **Markus Beckmann, Diana Kraft, Ingo Pies**  
Freiheit durch Bindung - Zur Logik von Verhaltenskodizes
- Nr. 06-2 **Sören Buttkereit, Ingo Pies**  
The Economics of Social Dilemmas
- Nr. 06-1 **Ingo Pies**  
Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – Der Beitrag von Albert Hirschman

### *Wirtschaftsethik-Studien<sup>102</sup>*

- Nr. 2007-1 **Markus Beckmann**  
Corporate Social Responsibility und Corporate Citizenship
- Nr. 2005-3 **Ingo Pies, Peter Sass, Roland Frank**  
Anforderungen an eine Politik der Nachhaltigkeit – eine wirtschaftsethische Studie zur europäischen Abfallpolitik
- Nr. 2005-2 **Ingo Pies, Peter Sass, Henry Meyer zu Schwabedissen**  
Prävention von Wirtschaftskriminalität: Zur Theorie und Praxis der Korruptionsbekämpfung
- Nr. 2005-1 **Valerie Schuster**  
Corporate Citizenship und die UN Millennium Development Goals: Ein unternehmerischer Lernprozess am Beispiel Brasiliens
- Nr. 2004-1 **Johanna Brinkmann**  
Corporate Citizenship und Public-Private Partnerships: Zum Potential der Kooperation zwischen Privatwirtschaft, Entwicklungszusammenarbeit und Zivilgesellschaft

---

<sup>102</sup> Als kostenloser Download unter <http://ethik.wiwi.uni-halle.de/forschung>.